

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.  
Telegraphische Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Anserate werden die 5 gespaltene Zeilen ober deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 30 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Die Leistungen der Tuberkulosebekämpfung.

Leipzig, 6. August.

In jedem Jahre giebt das Deutsche Centralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke einen umfangreichen Bericht über den Stand der Tuberkulosebekämpfung heraus. Der diesjährige Bericht teilt mit, daß das Reich demnächst mit mehr als hundert Heilstätten für Lungenkranke ausgestattet sein wird. Dann werden aber mehrere weitere Aufgaben aufgezählt, auf die sich ebenfalls der Kampf gegen die Schwindsucht erstrecken müsse. Hierbei kommt als eine der wichtigsten Aufgaben die Sorge für die Vermittlung geeigneter Arbeit nach Entlassung der Tuberkulösen aus der Heilstätte in Betracht.

Die große Wichtigkeit gerade dieser Aufgabe wird uns klar, sobald wir uns die Verhältnisse vergegenwärtigen, in denen die Arbeiter der Schwindsucht zum Opfer fallen. Fraglos wird die immer weitere Verbreitung der Schwindsucht unter den Arbeitern durch ungenügende Ernährung und aufreibende Arbeit sehr stark begünstigt. Aus diesem Grunde soll ja der kranke Arbeiter, sobald sich sein Leiden bemerkbar macht, in die Heilstätte gebracht werden, damit er dort eine kräftige Nahrung erhält und zugleich alle schädlichen Einflüsse, namentlich auch anstrengende Arbeiten von ihm ferngehalten werden. In dieser Pflege erholt sich der Kranke allmählich und wird dann aus der Heilstätte entlassen. Wenn der Arbeiter aber jetzt zu derselben ungenügenden Ernährung und aufreibenden Arbeit gezwungen ist, wie früher, so wird er selbstverständlich in den meisten Fällen über kurz oder lang von der Krankheit wieder ereilt werden. Mithin kann in solchen Fällen ein dauernder Nutzen von der Behandlung kranker Arbeiter in den Heilstätten gar nicht erreicht werden.

Aus diesen Gründen muß dem kranken Arbeiter nach seiner Entlassung aus der Heilstätte eine solche Arbeit besorgt werden, die er ohne Schaden für seine Gesundheit zu leisten vermag. Aber auch damit ist es noch nicht gethan. Vielmehr muß der kranke Arbeiter zugleich für diese Arbeit einen Lohn erhalten, der zu einem auskömmlichen Leben, zu einer kräftigen Ernährung, zu einer gesunden Wohnung u. reicht: in der Regel also einen erheblich höheren Lohn als vordem, da er noch jede selbst die schwerste und ungesundeste Arbeit verrichtete. Daß diese beiden Aufgaben zu erfüllen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit ist, liegt auf der Hand.

Das bestätigen auch die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete, obgleich mehrere Vereine auf die Unterbringung kranker Arbeiter nach der Entlassung aus den Heilstätten besondere Mühe verwendet haben. So hat die Arbeitsvermittlungskommission des Volkshelldienstvereins vom Roten Kreuz in Berlin die aus der Heilstätte Entlassenen, nachdem sie sich beim Schriftführer der Gruppe persönlich vorgestellt hatten, dem dortigen Centralverein für Arbeitsnachweis mit einem schriftlichen Ausweis zugeschickt. Aus diesem Schriftstück sind ersichtlich einerseits die Personalien des Arbeitsnachsuchenden, andererseits diejenige Art der Arbeit, die von den Ärzten für die Betreffenden als wünschenswert bezeichnet werden muß. Auf Grund dieses Ausweises ist der Centralverein für Arbeitsnachweis dann in der Lage, eine, in jedem einzelnen Falle mehr oder weniger geeignete Arbeitsart zu vermitteln. Trotzdem war es in einer Stadt wie Berlin nicht möglich, in dem letzten Jahre auch nur den 47 Arbeitern passende Arbeit nachzuweisen, die darum nachgesucht haben. Es konnten nur 28 Arbeiter untergebracht werden und zwar in Stellungen als Hausdiener, Boten, Diener u. Das Schlimmste aber ist, daß auch in diesen verschwindend wenigen Fällen die Arbeiter sich mit einem Lohne von durchschnittlich 70—80 Mk. pro Monat zufrieden geben mußten. Wie soll davon in dem teuren Berlin ein Arbeiter, etwa gar ein Familienvater, leben? Es wird dann auch von dem Verein weiter berichtet, daß unter den 21 nicht erledigten Fällen sich 11 solche befinden, in denen die Arbeiter zu ihrer früheren Arbeit zurückgekehrt sind, teils weil ihnen die vom Verein vermittelte Beschäftigung nicht zusagte, teils weil sie ihnen zu wenig Verdienst einbrachte. — Ebenso hat sich die Vereinigung für kranke Arbeiter in Leipzig zur Aufgabe gestellt, Kranken, insbesondere den in Heilstätten Verpflegten, ihre bisherige (!) Arbeit zu erhalten bezw. ihnen andere Stellen zuzuwiesen. Zu diesem Zwecke wurden die Helfer und Helferinnen angewiesen, persönlich bei den betreffenden Prinzipalen vorstellig zu werden oder durch Umfrage bei verschiedenen Unternehmern andere geeignete Beschäftigung für die Kranken zu suchen. „Leider waren die Bemühungen nur in einzelnen Fällen von Erfolg“, berichtet die Vereinigung. Ein Teil der Prinzipale war — ehrlich genug, ohne Umschweife zu erklären, daß sie sich auf eine „wohlthätige“ Schönthuererei gar nicht einlassen und nicht die geringste Rücksicht auf den Kranken nehmen. — Endlich teilt Stadtrat Pütter-Halle, der Vorsitzende des Zweigvereins zur Bekämpfung der Schwindsucht in der Stadt Halle mit: „Nur in seltenen Fällen läßt sich für Schwindsüchtige Arbeit nachweisen.“

Er geht sogar so weit, den Kranken zu raten: die Arbeit auch dann fortzusetzen, wenn sie „zur Zeit dem Schwindsüchtigen nicht gerade zuträglich ist“. Das ist doch eine Bantrötterklärung in der deutlichsten Form. Das Ende vom Liede sind dann die üblichen Almosen. Von Vereinswegen, berichtet der Stadtrat weiter, werden den kranken Arbeitern mit ihrer „nicht gerade zuträglich“ Arbeit erforderlichenfalls Milch und sonstige Stärkungsmittel gewährt, auch werden sie durch ärztliche Nachuntersuchungen auf ihren Zustand kontrolliert. Und die Versicherungsanstalt Braunschweig gewährt 20 Tage lang nach der Entlassung aus der Heilstätte Mittagessen, um dem Kranken den Uebergang aus der kräftigen Kost der Heilstätte in die daheim seiner wartende „Familienkost“ zu „erleichtern“. Mit solchen Mitteln lassen sich aber doch die Folgen der „Familienkost“ und aufreibenden Arbeit für jene unglücklichen Arbeiter auf die Dauer nicht aufhalten.

Die kranken Arbeiter haben also nach ihrer Entlassung aus der Heilstätte im besten Falle zwar leichte Arbeit, müssen aber dafür sich um so mehr einschränken, um so mehr hungern; oder sie haben den früheren Lohn, zugleich aber auch die frühere aufreibende Arbeit. In den meisten Fällen jedoch werden sie gar keine Arbeit finden und sind so dem schlimmsten Elend, dem der völligen Verdienstlosigkeit überliefert. Auf diese Weise wird das, was in einzelnen — doch auch noch verhältnismäßig seltenen — Fällen durch die Pflege in den Heilstätten gut gemacht worden war, bald wieder beseitigt. Der Kampf der bürgerlichen Wohlthätigkeitsvereine gegen die Schwindsucht ist daher unter diesen Verhältnissen, wenn wir von den verschwindend seltenen Ausnahmefällen absehen, die reine Sisyphusarbeit. Nur durch die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter kann auf eine allmähliche Zurückdrängung der Schwindsucht hingearbeitet werden. Der eigentliche Kampf gegen diese furchtbare Weisel der Menschheit kann jedoch erst dann beginnen, wenn die jetzige Ausbeutungswirtschaft überwunden und allen Menschen die Möglichkeit für ein menschenwürdiges Leben gegeben ist.

-v. h.-

## Politische Uebersicht.

Kulmbacher Vier-Partei.

In dem oberfränkischen Wahlkreis Kulmbach-Forchheim steht ein Fünftel von der großen freisinnigen Armee. Die freisinnige Volkspartei musterte im Jahre 1898 3228 Wähler gegen 6045 nationalliberale und 5218 Centrumstimmen. Die Sozialdemokratie brachte es auf 1493 Stimmen. In der Stichwahl behauptete das Centrum den Kreis mit 8490 Stimmen.

## Seuilleton.

### Das tägliche Brot.

Roman von Clara Bleibig.

Mine drückte sie herzlich an sich. „Das freut mer, das freut mer, Berthchen! Ja, Du bist doch sehr gutt! Ich, hätten wer doch nie nich von zu Hause fortgemacht!“  
Das klang wie eine wehmütige Klage. „Na, haste's denn nich gut. Wenn Der's bei Hauptmanns nich gefäll, dann zieh doch!“ sagte Bertha.  
„Ne, ne, es is allens ganz gut, nur“ — sie seufzte und fuhr mit der Hand über die Stirn. „Na, 's hat eben jeder sein Kreuz. Weißte, Berthchen, warum ich komm?“ Mit einem etwas verlegenen Lächeln sah sie die Freundin von der Seite an. „Nat mal!“  
„Haste nach mer Verlangen gekriegt?“ Mit einem koquetten Lachen wirbelte Bertha ihre hübsche Gestalt auf einem Fuß herum. „Weißte was, Mine, wollen wer nächsten Sonntag mal zusammen ausgehen — nach Halensee, scherbeln — was? Ich stell Der meinen Bekannten vor.“  
Mine schüttelte den Kopf. „Ne, ne, das is nischte for mir. Weißte, Berthchen“ — sie machte eine Pause, es wurde ihr augenscheinlich schwer, mit ihrem Anliegen herauszurücken — „ich möcht mer gerne das Geld abholen, das ich Der geborgt hab. Du mußt merich nich for übel nehmen.“  
„Das Geld? Was für Geld?“  
„Na, Du weest doch; zwei Mark ganz im Anfang — 's is jetzt übere Jahr her — und dann noch mal später

fünf Mark un fufzig — Du wollst bei der Grummach was abbezahlen — un denn Pfingsten zwei Mark — Du gingst zum Frühkonzert — un denn noch mal fufzig Pfennige for Schokolade. Macht zehn Mark,“ schloß sie, ihr Zurückverlangen gewissermaßen mit der Höhe der Summe entschuldigend.  
Bertha wurde rot. „Ach so!“ Daran hatte sie gar nicht mehr gedacht. Wie unangenehm, daß sie augenblicklich nicht bei Kaffe war! Sie hätte es der Mine gern gleich gegeben. „Brauchste 's denn sehr nötig?“ erkundigte sie sich. „Wo zu denn?“  
„Zu, brauch's,“ war die knappe Antwort.  
„Hat's nich noch'n bißchen Zeit! So wie ich wieder Bohn kriege, sollste die erschte sein. De kannst Dich drauf verlassen. Weest Gott, wie das immer zugeht — eins zwei drei — der Lohn is weg, wie gepust!“  
„Zehn Mark!“  
Bertha lachte hell. „Ja, ja, zehn Mark, na wenn schon! Das is doch nich so wunder was, wie De thust! Das is gar nisch. Das giebt man leicht aus.“  
„Zu nich!“ Ein Zug von Schmerz glitt über Mines Gesicht, der selbst Bertha auffiel.  
„Na, was haste denn nur?“  
„Mine gab keine Antwort; die verarbeiteten Hände im Schoß zusammengelegt, sah sie starr auf den Boden.“  
„Haste Schulden? Das is doch schnuppe!“  
„Ne, ne. Laß man, Berthchen! Ich muß nu gehen, hab noch Wäsche einzuweichen, en paar Büttin voll. Abjü, Berthchen!“ Sie hol der Freundin die Hand.  
„Un nich wahr, so halb De kannst, krieg ich das Geld? De vergißt's nich?“  
Bertha merkte, wie schwer es Mine wurde, ohne das Geld zu gehen. Schon auf der Treppe, drehte die sich noch einmal um und rief zurück „Vergiß es nich!“

Bertha horchte, wie sie hinunterging — schwerfällig, trap, trap. Nachdenklich ging sie dann in die Küche zurück — warum war die doch so niedergeschlagen? Ja, verändert hatte sich die Mine recht, Falken in die Stirn gekriegt und — puh, sah die verarbeitet aus!  
Sie hob die Lampe und besah sich mit einem kleinen, geschmeichelten Lächeln in dem Spiegelschen, das hinter der Gardine versteckt, am Fenster hing. Immer freundlicher wurde das Lächeln — ja, sie war hübsch! Sie hatten recht, alle, die es ihr sagten: der Bäcker, der Schlächter, der Kaufmann, die Herren, die ins Haus kamen, der Portier, die Plätterin, die Keimmachefrau, Mutter Reschke, die Bettler — alle, alle!  
Sie konnte sich gar nicht trennen von dem eigenen, lächelnden Bild, schon zitterte ihr Arm, der die Lampe hochhielt — da — wieder ein Pochen! Und nochmals ein rasches, ungeduldiges, heftiges Pochen.  
„Ja, ja, man Geduld! Ich komme schon!“ Sie öffnete. „Fräulein Trudchen, namu, Sie —?“ In maßlosem Erstaunen riß Bertha die Augen auf.  
„Still,“ sagte Trude Reschke mit eigentümlich leisem und doch hartem Ton. „'s Herr Selinger zu Hause?“  
„Ja wohl — aber“  
„Sonst jemand?“  
Bertha schüttelte verneinend den Kopf, sie war ganz sprachlos — was würde nun werden?  
„Na, denn!“ Trude trat näher und sah die vor ihr Stehende mit funkelnden, wie im Fieber glänzenden Augen an. „Ich muß mal Herrn Selinger sprechen. Rasch!“ Hastig schob sie Bertha bei Seite und machte Miene, aus der Küche in den langen Gang zu eilen.  
„Ne, ne, Fräulein Trude, halt! Was denken Se? Ich muß Se erst melden!“  
„Nein!“ Trude machte sich von Berthas Hand los.

In diesem Wahlkreis steht eine Neuwahl bevor; sie wird am 13. August stattfinden. Selbstverständlich machte auch der freisinnige Landsturm mobil. In der nahen Industriestadt Nürnberg sitzt der freisinnige Generalstab, und dieser entwarf einen genialen Feldzugsplan.

Eben noch hatten in dem benachbarten Wahlkreis Bayreuth-Wunsiedel die Freisinnigen zur Stichwahl eine faule Rolle gespielt. Es hat sich nachträglich durch Vergleichung lokaler Teilergebnisse herausgestellt, daß in dieser Stichwahl ein beträchtlicher Teil der Freisinnigen den Brodwuchsern Heeresfolge geleistet hat. Schon damals munkelte man, daß die Nürnberger Staatsmänner unter der Hand die geheime Parole ausgegeben hätten, in der Stichwahl für den Agrarier einzutreten.

Diese Vermutung entsprach durchaus der politischen Psychologie. Der Stichwahlgegner des Agrariers war ein Sozialdemokrat, und ein Nürnberger Freisinn-Spieler schluckte lieber zehn Agrarier, als er einen sozialdemokratischen Stimmzettel antrifft.

Bei der Wahl in Kulmbach-Forchheim wird dasselbe Spiel mit offener Karte wiederholt. Und um sich nachträgliche Entschuldigungen bei der Stichwahl zu sparen, kippt der Freisinn bereits vor der Hauptwahl um und schließt ein Kartell mit den Nationalliberalen. Diesmal ist zwar nicht der Sozialdemokrat der böse Feind, sondern der Centrumsmann; aber die freisinnigen Tiefenbacher haben es sich einmal in den Kopf gesetzt, durch ein politisches Standfußstück Furor zu machen.

Die Wahl findet statt im Zeichen des Brodwuchers. Diesen ungemein geeigneten Zeitpunkt hat der bayerische Freisinn herausgesucht, um mit fliegenden Fahnen ins Lager der Sammlungspolitik abzuschwenken und mit den Nationalliberalen um das Mandat zu mangeln.

Der gemeinsame Wahlausruf der Nationalliberalen und Freisinnigen hat den charakteristischen Wortlaut:

Zur Ernährung unserer gewaltig angewachsenen Bevölkerung bedürfen wir einer lebenskräftigen Landwirtschaft, eines erfolgreichen Handelsstandes und einer mächtigen Industrie. Die vereinten ungetrennten Interessen all dieser Berufsstände lassen sich nach unserer Ueberzeugung nur fördern durch den Abschluß langfristiger, wohlwollender Handelsverträge mit dem Auslande, aus dem wir die uns fehlenden Rohstoffe und Lebensmittel beziehen und an welches wir unsern Ueberfluß an Produkten abgeben müssen. Ein solcher Abschluß wird sich nach unserer Ueberzeugung vereinbaren lassen mit der derzeitigen Zollvorlage der Reichsregierung. Also: Schutz der deutschen Landwirtschaft vor der zunehmenden ausländischen Konkurrenz.

Und der Fränkische Kurier, das Organ der Nürnberger Freisinnshelden, begleitet die Kunde von dem nationalliberal-freisinnigen Wahlkartell parteioffiziell mit den segnenden Friedensworten:

Wir können bestätigen, daß auf freisinniger Seite die Vereitlichkeit besteht und auch ein maßgebender nationalliberaler Seite ausgesprochen worden ist, bez. künftiger Wahlen zu einem Einverständnis zwischen den beiden Parteien zu gelangen, und daß, soweit wir erfahren haben, dieser Gedanke bei den maßgebenden Persönlichkeiten der anderen Seite auf verständnisvolles Entgegenkommen gestoßen ist. Es muß natürlich künftigen Verhandlungen vorbehalten bleiben, in dieser Hinsicht feste Abmachungen zu treffen.

Der Kuhhandel ist also abgeschlossen. Die freisinnigen und die nationalliberalen Stammische der großen Vierstadt Kulmbach haben ihre Tischstühle zusammengedrückt und spielen einen patriotischen Moreskell. Die Nürnberger Freisinnspitzen mischen die Karten.

Es hält einigermaßen schwer, diese Vierbandbehandlung politischer Geschäfte ernst zu besprechen. Wir nehmen an, daß ein Kulmbacher Freisinnspolitiker genau so aussieht, wie ein Kulmbacher Nationalliberaler; aber es giebt doch politische Grundzüge und — was bei bürgerlichen Parteien immer noch in Betracht kommt — wirtschaftliche Interessen. Und da zeigt sich nun das Schauspiel, daß der oberfränkische Freisinn sich unter höherer Nürnberger Eingebung zum Evangelium der Regierungsvorlage bekennt. Das ist allerdings ein politisches Novum.

Mit dem bierseligen Freisinnsdusel der biederen Kulmbacher ist das Rätsel dieses Kartellwunders erst halb gelöst. Unter einem kleinstädtischen Hinterwäldertum verwaschen sich wohl die Parteifarben, und es ist kein großes Kunststück, das freisinnige und das nationalliberale Prädikat zu einem großen Haufen zusammenzutreiben. Aber das genügt nicht zur Erklärung.

Politisch beachtenswert ist die Haltung des Nürnberger freisinnigen Generalstabs. Nürnberg ist eine großindustrielle Stadt mit starker Klassenopposition. Das deutsche Großkapital hat dort eine Filiale, und es ist nur ein Zufall der Nürnberger Lokaltradition, daß die in Nürnberg herrschende

Clique sich „freisinnig“ schimpft. Der Oberbürgermeister von Nürnberg, Ritter von Schuß, unterscheidet sich nicht um eine Münze von einem sächsischen Nationalliberalen oder von einem preussischen Freikonservativen. Die Parteiuniform ist nur eine Delocalation von ganz beiläufigem Wert; unter der freisinnigen Couleur schlägt das Herz der Nürnberger Kapitalprogen der wahlverwandten Sammlungspolitik entgegen.

Der Nürnberger Freisinn ist eine großkapitalistische Species der freisinnigen Partei. Wenn Nürnberg zufällig im Saargebiet oder im Ruhrrevier oder in Oberschlesien läge, so hätte der kapitalistische Klügel vielleicht eine andere Parteifarbe, aber er wäre unter anderen Parteiformen genau so brutal, genau so probenhaft-gewaltthätig, wie jetzt unter freisinniger Flagge.

Der Wuchertarif aber ist eine spezifische Schöpfung des Großkapitals. Der Centralverband hat ihn gezeugt und der Regierung unterworfen. Das Nürnberger Großkapital wird ihn also acceptieren und seinen Druck auf die freisinnige Parteiorganisation ausüben, um den Wuchertarif innerhalb seiner Einflusssphäre zur Anerkennung zu bringen.

Das ganze Stück ist ein neues Exemplar für die alte Erfahrung, daß es das Kapital unter allen Parteiformen fertig bringt, seine ganz spezifischen Interessen maßgebend zu machen. Die bürgerlichen Parteien werden bloße „Schablonen“, die mit mißleidigem Spott beiseite geworfen werden.

Der politische Stumpfismus des deutschen Billstiers thut das übrige. Bei Kulmbacher Gerstenrost und patriotischen Gefängen geht es dem oberfränkischen freisinnigen Landsturm künstlich ein, daß er bei der Wahl am 13. August energisch für den „Schuß der Landwirtschaft“ eintreten muß.

Genau vor 5 Jahren hat Eugen Richter in Nürnberg große Parade über seine Vereinen abgehalten. Heute marschirt der Nürnberger Freisinn im Troß des Landwirtebundes!

Deutsches Reich.

Streikkonzert.

Hin und her, her und hin geht das Geplänkel zwischen Centrum und Regierung, zwischen Abgeordnetenkammer und Reichsratskammer, zwischen dem Ministerium Crailsheim und dem Würzburger Senat. Die Regierung läßt jetzt die Behauptung der Centrumsblätter kategorisch dementieren, daß der Chef der Geheimkanzlei in Würzburg geweilt und mit dem Rektor der Universität und anderen Senatoren verhandelt oder auch nur telegraphisch auf die Lösung der Würzburger Angelegenheit einzuwirken versucht habe. Der ursprüngliche Anlaß des ganzen Konflikts, die Würzburger Episode, soll in allen Formen Rechtslosigkeiten geklärt und erledigt werden.

Einstweilen sei das Centrum sein Streikkonzert fort. Im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer hat die Centrumsmehrheit die von der Kammer der Reichsräte wiederhergestellten Forderungen für Kunstzwecke im Kultusetat wieder gestrichelt. Man fragt sich, auf wen eigentlich das noch Eindruck machen soll. Die Politik der Wut findet ihre Fortsetzung in der Politik der Dickschichtigkeit.

Wenn die Streikünstler des Centrums fortfahren sollten, mit ihren nähen Klängen die bayerische Christenheit zu ergötzen, so wird die Regierung einfach das ganze parlamentarische Orchester zusammensetzen und auf diese Weise — die parlamentarischen Dissonanzen überwinden. Es müßte eine Durchsichtung beider Häuser erfolgen, um eine legitime Entscheidung herbeizuführen, und die Centrumsmajorität der unteren Kammer würde in der gemeinsamen Sitzung beider Parlamente in der Minderheit bleiben. Das Centrum führt also lediglich eine parlamentarische Katzenmusik für die langen Ohren seiner Wähler auf. Es wäre ihm bitter leid, wenn es dabei ernst genommen würde.

Uebrigens geht dem tapferen Dirigenten bereits der Atem aus. Nur mit Mühe hält der Centrumsoberrichter Schädler noch die Widerstrebenden zusammen. Schon mehren sich im bayerischen Centrum die Stimmen, denen der Rummel zu langweilig wird und die nun wieder etwas Ernstes vorzutragen wollen.

Wenn die Regierung das Centrum in ernstliche Verlegenheiten bringen will, so braucht sie den hingeworfenen Fehdehandschuh nur aufzunehmen und das Centrum zu zwingen, sein Streikkonzert bis zur letzten Note weiter zu spielen. Freilich ist das nicht zu erwarten; die Regierung hat Gründe genug, dem Centrum Verlegenheiten zu ersparen.

\* Berlin, 6. August. Der siebente deutsche Stenographentag Gabelsberger nahm gestern mit 3428 gegen 1216 Stimmen die sogenannte Pfingstvorlage an, mit Abänderung des Vokaltrivides.

Wir werden über den Stenographentag und seine Verhandlungen noch besonders berichten.

Die Kommissionsmitglieder sind in Zweifel gekommen, ob die erste Sitzung des Zolltarifs bis zum 8. August zu erledigen ist. Man rechnet mit der Möglichkeit, noch in der nächsten Woche lagen zu müssen.

Aus der Zollkommission. In der Dienstsitzung wurde zunächst Position 841 beraten, die auf Nähmaschinen, auch mit vergoldeten Drehen, 60 Mk., auf Näh-, Strick-, Spick- und andere Nadeln, auch Angelhaken 80 Mk. Zoll legte. Die Sozialdemokraten beantragten Zollfreiheit. Goltstein beantragt 60, 24 und 15 Mk.; Spahn dagegen 200, 1000 und 80 Mk. Zoll. Stadthagen wendet sich scharf gegen diesen Zoll, der den Röhrenten die Nadeln sehr verteuere. Es wurde folgender Antrag Spahn angenommen: Nadeln, Nähmaschinen 100 Mk., Nähmaschinen, Strickmaschinen- und Wirkmaschinen 500 Mk., Spicknadeln (auch mit Glasspitzen), andere Nadeln, sowie Angelhaken 50 Mk. Zoll. In einer lebhaften Debatte kommt es auch bei den Zollfragen auf Aluminium-, Blei- und Bleilegerungen. Sämtliche Positionen wurden jedoch nach der Vorlage angenommen. Nach kurzen Verhandlungen über Zölle auf Zink- und Zinkwaren, erreichte die Sitzung ihr Ende.

„Mancherlei naheliegende Bedenken“ sollen der Erhebung über die Lage der Eisenbahnarbeiter in Preußen entgegengehalten haben. So las man's gestern offiziell. Nach und nach verlautet näheres über die mutmaßliche Natur dieser „mancherlei Bedenken“.

Wie der Berliner Volkszeitung aus Baden geschrieben wird, hat der landständische Ausschuß dem Landtage über die Lage der badischen Staatsbahnen einen Bericht erstattet, der von dem Regierungsblatte in seinem Wortlaut veröffentlicht worden ist und u. a. auch interessante Angaben über die Bezahlung des Eisenbahnpersonals in den verschiedenen deutschen Staaten enthält. Es ergibt sich daraus, daß die preussischen Eisenbahnangestellten am schlechtesten entlohnt werden.

Der persönliche Aufwand auf den Kopf beträgt an direkten Bezügen des Eisenbahnpersonals in Baden 1401, Bayern 1372, Elsaß-Lothringen 1321, Sachsen 1312, Württemberg 1294 und Preußen 1278 Mk. Rechnet man die für Wohlfahrtszwecke bestimmten Ausgaben ein, so werden durchschnittlich an das Eisenbahnpersonal gezahlt in Baden 1509, Elsaß-Lothringen 1432 Mk., Sachsen 1418, Bayern 1404, Württemberg 1375 und Preußen 1355 Mk. Für Preußen, das also überall auf der untersten Stufe steht, ist dies Ergebnis umso beschämender, als es seine höheren Eisenbahnbeamten weit besser bezahlt als andere deutsche Staaten, die Lage der „niederen“ Angestellten also noch schlimmer sein muß, als sie nach den mitgeteilten Durchschnittsberechnungen erscheint.

Gegenüber dem Durchschnitt der deutschen Bahnen (1370 Mark) bleibt die Entlohnung des preussischen Eisenbahnpersonals unter Berücksichtigung der Ausgaben für Wohlfahrtszwecke um 15 Mk. pro Kopf zurück; Preußen müßte daher, bei einer Gesamtzahl von ca. 300 000 Angestellten, von vornherein etwa 4 1/2 Millionen Mark jährlich mehr an Gehältern u. zahlen, wenn seine Eisenbahnangestellten durchschnittlich nicht schlechter gestellt sein sollten, als diejenigen anderer deutscher Staaten. Wollte Preußen jedoch sein Eisenbahnpersonal ebenso besolden, wie dies in Baden geschieht, so hätte es im Jahr 154 Mk. pro Kopf mehr aufzuwenden, also insgesamt ca. 46 Millionen Mark mehr zu zahlen.

Also doch ein Lichtschimmer in der bürokratischen Dunkelkammer!

e. Das Vorrecht der Generale. Die Stadt Essen feierte am Montag großes Fest, nämlich die hundertjährige Feier der Vereinigung mit Preußen. Dabei sollte die staunende Mitwelt endlich erfahren, warum im lieben Deutschland jetzt an allen Ecken und Enden „generalistische“ Weisheiten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit verzapft werden. Auf die üblichen Begrüßungsansprachen bei genanntem Feste antwortete der kommandierende General des 7. Armeekorps, Fzhr. v. Bissing also:

Ich gestalte mir im Namen der Gäste, den Dank derselben abzufassen. Wenn ich, der ich das geringste Verdienst von Ihnen habe, dazu das Wort ergreife, so bitte ich um Entschuldigungen. Es ist nun einmal Sitte, daß der kommandierende General in der Provinz das Vorrecht hat, zu sprechen, wann er will.

'S ist mal bei uns so Sitte, chacun à son goût!

X München, 6. August. Im Landtage wollte gestern das Centrum seinen famosen Wohnungsgeldantrag möglichst schnell durchzusetzen, wurde aber durch das Eingreifen Bollmars verhindert, der den Ultramontanen in einer sehr geschickten Rede

„Ich habe lange genug unten gestanden und jelauret. Sein Fenster kenn ich wohl, da brannte Licht hinter. Und die Mine kam eben runter, die sagte, Sie wären alleine oben mit ihm. Da lief ich raus. Lassen Sie mich rein zu ihm — rasch!“

Ihre Hand, die Berthas Hand packte, war eiskalt. Schneeflocken, halb schon zu Wasser zerronnen, bedeckten ihren Hut, ihr Jackett; wie ein nasser Strick hing ihr die Boa um den Hals. Ihr Kleiderfaum schleppte schmutzig. Die Locken hatten sich gelöst und hingen ihr in Strähnen um das blasse Gesicht. In jeder Strähne hinter dem durchfeuchteten Schleier hing ein Tropfen und sickerte langsam nieder, wie eine schwerfließende Thräne. Ein kaltes Wehen ging von ihr aus; sie selber fröstelte, ihr Mund zuckte in verhaltener Erregung.

„Bertha,“ flüsterte sie heiser, „hat er sich schon verlobt? Er denkt nicht dran — was?“

„I behüte, der —!“

„Na ja, allens Mumpst!“ Ein kurzes bitteres Lachen erschütterte das zarte Figürchen. „Na, warte man!“

Schon lief sie in den langen Gang hinein, Bertha ihr nach. „So warten Sie doch — Fräulein Trudchen — ich will's wenigstens sagen — er reißt mir sonst den Kopf ab!“

Sie gönnte Herrn Leo den Besuch, der sich gerade danach anließ, als ob er mit einem Skandal enden würde, von Herzen. Sie freute sich darauf, aber sichern mußte sie sich vor jedem Vorwurf. Sie faste Trudes Kleid; zu gleicher Zeit erreichten sie beide das Zimmer.

„Herein!“

Nun bebte Trude doch zurück; Bertha zwangte den Kopf durch die Spalte. „Herr Selinger, es möchte Sie jemand sprechen!“

Der junge Herr richtete sich halb vom Sofa auf, die Beine ließ er noch oben. „Sagen Sie, ich bin nicht zu sprechen. Und dann kommen Sie wieder — ich habe einen Auftrag für Sie.“

Bertha verzog das Gesicht zu einer Grimasse; sie kannte solche Aufträge. Raum konnte sie ihre Schadenfreude unter einem unterwürfigen Ton verbergen: „'s is en Fräulein, Herr Selinger, sie will durchaus —“

„Donnerwetter!“ Mit einem Ruck schmeckte Herr Leo die Beine vom Sofa. Da stand Trude Mefche.

„n Abend,“ sagte sie anscheinend ruhig.

Und dann für Momente Todesstille.

Das war ein Bliden hin und wider — er sa rot, sie so blaß.

Geräuschlos zog sich Bertha zurück, sie wollte doch lieber von außen mit zuhören. Die Thür hatte sie nicht ganz eingeklinkt, aber Trudes Hand schloß sie mit einem festen Ruck.

Nun stand Bertha, den Kopf vorgeneigt, mit angehaltenem Atem und lauschte, lauschte.

Drinnen ein Gemurmel — das war Trude — und dann seine Stimme mit einem gemachten Ton des Staumens: „Ich — Briefe?! Ich habe keine Briefe bekommen!“

Nun schrie sie auf: „Du hast meine Briefe bekommen! Gott, wie viele hab ich Dir geschrieben. Wie hab ich auf Dich jewartet, Stunden — Tage — Wochen! Alle, alle Abend — immer, immer! Du lägst. Du hast mich überhaupt belogen. Was hast Du mir vorjeredet: Du müßtst Dich verloben, Deine Mama wollt es partu, Du wärst so traucig — als wenn das en Grund wäre?! Konntest Du mir nich deswegen doch jut bleiben?! Aber Du hast ne andere auf'm Strich, ja, ja, ne andere! Los sein

wolltste mich — Du hatt'st mich über — oh — Du, Du!“

Jetzt weinte sie; Bertha hörte sie krampfhaft schluchzen.

Und nun ein langes eintöniges Gemurmel, ein beschwichtigendes, leises Sprechen.

Der war klug! Der wurde nicht grob, der versuchte es mit gutem Zureden!

Nun wieder ihre schluchzende Stimme: „Was — was hab ich Dir jethan?! Ach, Leo! Leo!“

Gott, wie die sich hatte um den Kerl! Bertha fräufelte verächtlich die Lippen. Das Mädel konnte einem wahrhaftig leid thun; aber zu dumm war sie doch!

Von innen kam jetzt kein lauter Ton mehr, nur ein leises, leises Weinen. Bertha wurde ganz müde vom Stehen; das dauerte ja ewig! Wurde das am Ende wieder was zwischen denen?!

Aber jetzt — nervös schreckte sie zusammen — das war ein Schrei, wie der eines Tieres in Todesnot, halb Wut, halb Schmerz — — — „Behalt Dein Geld!“

Prasselnd fiel etwas auf die Diele. Die Thür wurde aufgerissen — kaum hatte Bertha Zeit, beiseite zu springen — blind vor Thränen stürzte Trude heraus und rannte, wie gejagt, den Korridor hinunter, dem Ausgang zu.

(Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

Göhere Töchterzule. „Wie nennt man eine Ehe. Fräulein Else, in der der Mann nur eine Frau hat?“

„Eine monotone Ehe.“

Im Eifer. A. (dessen Sohn jus studiert, während zu seiner Frau): „Ein unerschämter fauler Burche, Dein lieber Feig! Er brudt und brudt vor dem Examen herum, während sein Vetter Heinrich, der keine Minute früher mit dem Studium angefangen hat, jetzt schon zum drittenmal durchgefallen ist.“

ein Spiegelbild ihres volksberräckerischen Treibens vorstellt, so daß die ganze schwarze Garde in eine fürchterliche Aufregung geriet. Schließlich beantragte die sozialdemokratische Fraktion, den vorläufigen Wohnungsgeldzuschuß wenigstens von 36 auf 45 Mk. monatlich zu erhöhen. Die Ultramontanen kamen dadurch in große Verlegenheit und suchten sich aus der fatalen Situation zu befreien, indem sie den Finanzminister interpellierten, ob er die Mittel bereit stellen wolle, wenn der sozialdemokratische Antrag durchgehe. Herr v. Nibelthal aber, als verleihe er den Wind nicht und erklärte, es sei auf alle Fälle ein Defizit vorhanden und wenn die Kammer die Verantwortung übernehme, daß eventuell in der nächsten Session eine Steuererhöhung notwendig werde, so wolle die Regierung keinerlei Einwendungen machen. Nun sah das Centrum erst recht in der Schlinge. Der Parteivater Dr. v. Daller jammerte zunächst einlängs über die teuflische Bosheit der Sozialdemokraten, die eine Steuererhöhung herbeiführen wollten, damit Ungleichheit im Lande entstehe, die das Lebenselement der Sozialdemokratie sei. Um Zeit zu gewinnen, stellte er dann einen Verlagsantrag, der schließlich mit einer einzigen Stimme Majorität angenommen wurde. Die Verantwortung der von Volkmar aufgeworfenen Frage, wie man unter solchen Umständen die Geistlichenaufbesserung verantworten könne, ging das Centrum natürlich sorglich aus dem Wege. Auch der Finanzminister war boshaft genug, die „ausschlaggebende Partei“ zu bitten, im Reichstage dahin zu wirken, daß die Einzelstaaten vor der Heranziehung zu großen Reichsangeboten bewahrt bleiben. Er hatte dabei offenbar die riesigen Ausgaben für Militär und Marine im Auge, die durch die Schuld des Centrum so enorm gestiegen sind.

Seit wurde der sozialdemokratische Antrag zu den Wohnungsgeldzuschüssen fast einstimmig angenommen. Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß sich das „regierende“, das „ausschlaggebende“ Centrum, wie es sich so gerne nennt, wieder einmal eine schwere Schlappe geholt hat. Sie ist besonders deshalb sehr schmerzhaft, weil den Mitgliedern der beiden großen ultramontanen Verbände der Eisenbahner und der Postbediensteten die Augen gründlich geöffnet wurden.

**6. Aus Elsaß-Lothringen, 4. August.** Der schon vor einigen Monaten, anlässlich der Aufhebung des Diktatorparagrafen, in nahe Aussicht gestellte Anschluß der reichsländischen Merikalen an das Centrum ist nunmehr definitiv vollzogen. Die gesamte katholische Presse des Landes stellt diese Thatsache mit Genugthuung fest, und die Kölnische Volkszeitung, seit Jahren die eifrigste Befürworterin des Anschlusses der Elsaß-Gruppe des Reichstags an das Centrum, quittiert über den endlichen Erfolg ihrer Bemühungen mit einem freudigen: „So! kommt Ihr, doch Ihr kommt! Auf der Suche nach den Ursachen der langen Verzögerung dieses Schrittes nimmt sie in erster Linie den Reichstagsabgeordneten für Rappoldweiler und Redakteur des Journal de Colmar, Abbé Bekker's vor, dem sie vorwirft, sich wie verzweifelt gegen jedes Zusammengehen mit dem Centrum gestäubt zu haben und Jahre lang mit der „Politik der Unabhängigkeit von Berlin“ haufieren gegangen zu sein.

Die Erleuchtung ist dem Herrn Abbé offenbar erst mit den jüngsten Gemeinbewahlen in Elsaß-Lothringen gekommen, bei denen die Merikalen bekanntlich aufs Haupt geschlagen worden sind. Es braucht deshalb nicht Wunder zu nehmen, wenn auch das Mülhauser Centrumblatt, die Oberelsässische Landeszeitung, den Abmarsch seiner Partei ins Centrumslager freudig begrüßt und meint, es wäre wohl nie zu so schweren Niederlagen des reichsländischen Merikalismus gekommen, wenn man, statt einseitige Politik zu treiben, sich schon vor Jahren auf den Boden des Centrum gestellt und im Verein mit ihm zeitgemäß gearbeitet hätte. Die Hoffnung des Blattes freilich, die sozialistische Arbeitererschaft Elsaß-Lothringens werde sich nunmehr, wie in den katholischen Industriegebieten Mitteldeutschlands, auf den Boden des Centrum stellen, zengt freilich von einer außerordentlichen Naivität in der Beurteilung der politischen Zustände des Reichslandes.

Die Sozialdemokratie hat im Gegenteil allen Anlaß, die Klärung der Parteiverhältnisse in Elsaß-Lothringen warm zu begrüßen. Der Kampf gegen den Merikalismus wird ihr dort jetzt wesentlich erleichtert sein, nachdem auch das letzte partikularistische Moment an diesem verschwunden ist und die Schwarzen nunmehr auch dem reichsländischen Volke in ihrer ganzen Gerechtigkeit als Partei der Militär- und Pöbelschwärmer, der Ueberwinder und Brotvertreiber gezeigt werden können.

**Oesterreich-Ungarn.**

**A. I. Arbeiterwirtschaft.**

Wir lesen in der Arbeiterwirtschaft: In Prag wurde ein Polizist, der einen Häffling mißhandelt hatte, damit bestraft, daß man ihm die Vorbestrafung entzog. Das ist beiseite kein Scherz. Herr Krizaba, der Polizeidirektor, teilt es selbst unserem Prager Bruderblatt, das die Nachricht über die Arrestantenmißhandlung gebracht hatte, mit. Zum ewigen Gedächtnis drucken wir den Brief des Herrn Polizeidirektors ab. Er lautet in wörtlicher Uebersetzung:

Mit Rücksicht auf den in Nr. 211 des Pravo Lidu veröffentlichten Bericht über die Affaire des Schlossers Franz S z a n i t teile ich Ihnen mit, daß Josef Rosel, der die gewaltthätige Handlung an dem Genannten verübte, heute vormittags in Haft genommen wurde und dem Gericht eingeliefert werden wird.

Gleichzeitig wurde das tolerierte Freudenhaus seiner Frau Katharina Rosel (Prag Nr. 285) aufgehoben.

Krizaba, I. I. Hofrat und Polizeidirektor. Prag, am 2. August 1902.

So wie der Vorbestrafte und Detektiv Rosel diesmal mit der Entziehung der Konfession bestraft wurde, so wird in anderen Fällen gutes Verhalten von der Prager Polizei mit der Erteilung einer Vorbestrafung belohnt.

In der letzten Zeit wurde von der Prager Polizei sehr viel gesprochen. Die Mißwirtschaft, die dort herrscht, wurde überall eifrig kommentiert. Aber die Ursache der Verlosterung, die bei der Prager Polizei eingerissen ist, liegt zum größten Teil in der innigen Verbindung zwischen Kupplerwesen und der Institution der Geheimpolizei. Jeder Vorbestrafte ist auch ein Detektiv, und niemand wird Detektiv, wenn er nicht zugleich auch eine Konfession für ein Vorbestrafte bekommt. So wird die öffentliche Sicherheit den verkommensten Individuen ausgeliefert. Heute, die mehrere Jahre im Justizhaus zugebracht haben, professionelle Maulschwalbe und Mädchenhändler werden so Amtsgesandte und die unter Dienstzeit abgelegte Aussage eines solchen Mannes

wiegt mehr als der Eid einer ganzen Anzahl nicht so vertrauenswürdig Personen.

Rabererum und Mädchenhandel werden so von der Prager Polizei geächtet. Jedes Jahr hört man von einem Mädchen, das in einem Prager Vorbestrafte wider ihren Willen zurückgehalten wird. Aber die Polizei thut nichts, um ihren „Amtsorganen“ das Geschäft zu verderben. Und jeden Monat spielt vor dem Prager Landesgericht ein Majestätsbeleidigungsprozeß, bei dem ein Vorbestrafte den Kronzeugen abgibt. Man braucht heute in Prag mit einem Vorbestrafte auf schlechtem Fuß zu stehen und man kommt in Gefahr, wegen Majestätsbeleidigung verurteilt zu werden.

Daß diese Detektivs bei Arbeiterdemonstrationen mit der nötigen Schneidigkeit ihrer staatsreiterischen Thätigkeit nachgehen, ist begreiflich. Und nicht weniger begreiflich ist es, daß sie auch bei den Gerichtsverhandlungen dann ganz besonders sicher schwören. Arbeiten sie doch für sich selbst und für ihre Konfessionen.

Jahrelang konnte so die Mißwirtschaft bei der Prager Polizei bestehen, ohne daß sich jemand darum gekümmert hätte. Jetzt aber bringt durch den Mund des sozialdemokratischen Wlaties die Kunde über die skandalösen Zustände bei der Polizei in die Öffentlichkeit, und trotz des Wohlwills unseres Parteiblattes durch das offizielle Jungtschentum erfährt man jetzt doch in Prag wie anderwärts, wie es bei der Prager Polizei aussieht.

Herr Krizaba hat einen armen Mann, der als Detektiv und Vorbestrafte nur sein gutes Recht auszuüben vermeinte, als er einen Arrestanten mißhandelt, empfindlich gestraft, indem er sein Vorbestrafte spezzte. Hoffentlich bringt er nun auch die nötige Courage auf, dem Prager Polizeistand ein Ende zu machen, indem er die Sorge für die Tugend unserer Bourgeoisdichter von den Sorgen für die öffentliche Sicherheit trennt. Er wird dann allerdings auch darauf verzichten müssen, gegen angebliche Demonstrationen stets die nötigen Zeugen zu haben.

**Vom Feldarbeiterstand in Galizien**

berichtet die Frankfurter Zeitung nach einem Ruthenenblatt: Auf Veranlassung des Grafen Dybedzki rückte im Dorf Kamionka Militär ein, dessen Einquartierung jedoch von den Einwohnern verweigert wurde, weshalb Zusammenstöße erfolgten, bei denen mehrere schwere Verwundungen vorkamen. In Bezkowola, Bezirk Baleszki, fand behufs Einbahnung eines Ausgleichs mit Grundbesitzern auf freiem Felde eine Vorenverammlung statt, als plötzlich nach dem genannten Blatte Ulanen in die Versammlung eindrangen, wobei viele verwundet und 173 verhaftet wurden. Nach Meldungen aus Tarnopol gewinnt die Ausstandsbeziehung nunmehr auch unter den deutschen Kolonisten an Ausdehnung, die bisher als die ruhigsten und geduldesten Feldarbeiter galten, die unter Vernachlässigung des eigenen kleinen Besitzes gegen geringen Lohn die Dienste der polnischen Gutsherren besorgten. Das Elend unter ihnen soll noch größer sein als unter der Ruthenenbevölkerung.

Der galizische Reichsratsabgeordnete sandte gestern an den Ministerpräsidenten v. Körber eine Depesche, in der die Androhung des Ausnahmezustandes gegenüber ausländischen Feldarbeitern als zwecklos bezeichnet, da mit Ausnahme vereinzelter Fälle von Behinderung fremder Arbeiter im ganzen Auslandsgebiete nicht die Rede sein könne. Die grundlose Heranziehung von Militärschiffe erst den Ausstand. — In einem Dorfe wurden bei einem unerwarteten Angriff von fünfzehn Mann lebensgefährlich, 6 schwer verletzt. Der Klageruf der ruthenischen Abgeordneten schließt mit der Bitte, unbefangene Abgeordnete aus Wien zur Untersuchung zu senden, dann werde der Ausstand bald beigelegt sein.

**Großbritannien.**

**Deutschland in Schanghai. — Arbeiterorganisation in Südafrika.**

**r. London, 4. August.** Anfang des Monats Juli hatten wir das unerquickliche Schauspiel, daß alle zivilisierten Mächte gegen Deutschland die Beschuldigung erhoben, den Störenfried in China zu spielen, indem es sich nicht herbeilassen wollte, Peking zu räumen. Die internationalen Klagen erreichten jedoch bald ihren Zweck. Die deutsche Regierung erklärte durch die Kölnische Zeitung, sie sei bereit, den Mächten zu folgen. Zu gleicher Zeit ergab Dikt im Unterhause die Anklage gegen Deutschland, sich in Schanghai festsetzen zu wollen. Diese Hafenstadt bildet den Eingang zum Yangtseeboden, das von den Engländern als ihre Einflusssphäre betrachtet wird. Dittes Vermerkungen scheinen auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Denn heute melbet eine Depesche aus Schanghai, daß der Vikarönig von Hanking das Ansuchen an die Mächte gerichtet hat, ihre Garnisonen aus jener Hafenstadt zurückzuziehen. Er meint, China habe die ihm auferlegten Friedensbedingungen erfüllt, nun sei es Zeit, daß auch die Mächte ihr Versprechen einlösen. Er erklärt ferner, England, Frankreich und Japan seien bereit, sich aus Schanghai zurückzuziehen. Das ist eine nicht mißzuverstehende Mahnung an Deutschland, das Gleiche zu thun. Die Times erinnern den Grafen Wilton an seine Rede vom 4. März, in der er versichert, die deutsche Garnison würde nur nach Schanghai gesandt, um die öffentliche Ordnung im Yangtseeboden aufrecht zu erhalten. Da nun eine Störung des Friedens nicht mehr zu befürchten sei, so höre auch jeder Grund für die Beibehaltung der Garnison auf. Das englische Kapitalistenblatt, das gewöhnlich den deutschen Reichskanzler von oben herab behandelt, schlägt heute einen sehr freundschaftlichen Ton an. Aber diese Höflichkeit kann den Kern der Dinge nicht verhallen. Man will Deutschland schnelligst aus Schanghai hinausbugtieren. Man betrachtet es als einen Eindringling.

Am Wltwatersrand macht sich gegenwärtig eine Arbeiterbewegung bemerkbar, die sowohl gewerkschaftlich, wie politisch vielversprechend zu sein scheint. Vor einigen Wochen standen dort die Mechaniker im Streik, da sie sich der Einführung der Accordarbeit widersetzen. Der Streik war erfolgreich. Bald darauf bildeten die Arbeiter eine politische Organisation, eine Art Sicherheitskomitee gegen die Intrigen der Kapitalisten. Die Organisation stellte folgende Forderungen auf: 1. Wahlrecht für alle weißen Arbeiter; 2. gleiche Wahlkreise; 3. Wahltermin in den ganzen Lande auf einen und denselben Tag anzusetzen, an dem alle Trinklokale, Wirtschaften zu schließen sind; 4. geheime Abstimmung; 5. Dikt für Abgeordnete; 6. auch das Oberhaus soll durch das allgemeine Stimmrecht gewählt werden; 7. Bestreuerung des Grund und Bodens, so daß der unverdiente Zuwachs der Bodenwerte dem ganzen Volke zu

gute kommt; 8. strikte Arbeiterschutzgesetzgebung; Verbot des Schwibhsystems; 9. Einführung des Achtstundentages bei staatlichen und städtischen Arbeiten; 10. Nationalisierung der Verkehrsmittel; 11. Municipalisierung der Straßenbahn, der Wasserzufuhr und der Belichtung; 12. Verbot der asiatischen Einwanderung; 13. Obligate Schiedsämter; 14. Progressive Einkommensteuer; 15. Föderation Südafrika, falls ein vorzunehmendes Plebiszit sich dafür anspricht. Das ist die Konstitution, die die britischen Arbeiter den entstehenden südafrikanischen Gemeinwesen zu Grunde legen wollen.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

**Das Kriegervereinsorgan, die Parole, ist über die Vrofschüre des Genossen Kautsky melschuge geworden. Es gebärdet sich wie ein vom Tropenkoller befallener „Eidilskator“ in Afrika. Das Blatt wolkte wie folgt:**

„... Wenn der Feind vor der Grenze steht, wenn es gilt, alle Kräfte anzuspannen zum Schutze des Vaterlandes, wenn die Nation von allem inneren Haber absehen und wie ein Mann dastehen muß, um den äußeren Feind abzuwehren, wenn es sich nicht um Tage, sondern um Stunden handelt, um dem Einbrechen des Feindes in unsere Gause zu begegnen, dann soll erst palliert werden, damit den zu den Fahnen Berufenen auch die politischen inneren Zustände nicht gemacht werden, die sie begehren. Wahrscheinlich, die Able des Jornes steigt dem deutschen Soldaten in die Wangen, wenn er dies liest. Andererseits aber möchte man der Sozialdemokratie fast dankbar sein, daß sie ihre letzten Ziele so naht enthüllt. Wer noch einen Augenblick im Zweifel war über die Endziele der Sozialdemokratie, dem müssen hierbei die Augen aufgehen. Der deutsche Soldat hat nur ein „Psi“ für solche hochverräterische Zumutungen. Den berufenen Organen des Staates haben wir es zu überlassen, wie solchem Treiben der Sozialdemokratie zu begegnen ist.“

Wfo die Entrüstung gleich läbelweise; im Dunnum mehr als genügend, in der Qualität aber Ausduschwäre. Das Blatt für Kameradenweidheit und Exzerzierplakatur ist doch sonst nicht immer so schnell mit der Entrüstung bei der Hand. So hat es z. B. keine Entrüstung übrig für die famose Feldweckelochteraffäre, obwohl jene Affaire eine Herabsetzung des Standes der Unteroffiziere bedeutet, wie sie bisher noch von niemand gewagt worden ist. Auch dann ist bei dem Blatte nichts von Entrüstung zu merken, wenn deutsche Soldaten aller Waffengattungen in den Kavernen wie Schulbuben in der schmachvolligen Weise geprügelt werden. Wenn dem Blatte die Ehre und Manneswürde der deutschen Soldaten so sehr am Herzen liegt, warum führt es seine Klänge nicht einmal ebenso wild gegen die Soldatenmißhandlungen? Mit dem Schimpfen auf die Sozialdemokraten kann das Blatt die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Männer im Waffenrod der Sozialdemokratie unendlich viel verdanken. Der sozialdemokratischen Kritik ist es zu danken, daß endlich gegen die erbärmlichen Soldatenmißhandlungen vorgegangen wurde. Ebenso hat die sozialdemokratische Kritik auf die Beschaffenheit der Menge und viele andere Dinge in einer für die Soldaten sehr wertvollen und nützlichen Weise gewinkt. Das wissen auch viele Militärvereiner und stimmen deshalb auch sozialdemokratisch, trotz aller schönen Reden bei hurrapatriotischen Festen und trotz der blindwichtigen Hepe des Militärvereinsorgans. Der Akt, mit dem die Interessenten des Hurrapatriotismus haufieren gehen, verliert immer mehr an Bindenkraft, und mögen die Herrschaften kliten und klustern wie sie wollen, ihr heute nur noch mißsam zusammengehaltene Tüpfchen geht in die Scherben. Wir und die ehrernen Thatsachen tragen dafür Sorge, daß die hurrapatriotische und gemein-schädliche Herrlichkeit in Trümmer fällt.

**Rechnungsabfchluß der sächsischen Staatseisenbahnen vom Jahre 1901.**

Nach dem Rechnungsabfchluß über den Betrieb der sächsischen Staatseisenbahnen betrug die Gesamteinnahme im Jahre 1901: 132 073 938 Mk. (gegen 136 984 763 Mk. im Jahre 1900), und zwar: 89 928 929 Mk. (662 028 Mk. weniger als 1900) aus dem Personen- und Gepäckverkehr, 74 822 753 (— 5120181) Mk. aus dem Güterverkehr. Den Rest der Einnahmen bilden andere nebenfachliche Quellen. Auf jedes Kilometer Bahnlänge entfällt eine Einnahme von 43341 (— 1958) Mk. Die Gesamtausgabe auf das Jahr 1901 betrug 103 885 203 Mk. (im Jahre 1900: 103 891 278 Mk.), und zwar: für Gehälter, Wohnungsgeldzuschüsse, persönliche Zulagen der Beamten 26 714 403 (+ 1 074 582) Mk., Bezüge der nichtangestellten Bediensteten und Löhne der Arbeiter 18 814 695 (— 553 146) Mk., Tagesgelber, Reise- und Anzugskosten und andere Bezüge 3 445 350 (— 153 669) Mk.; für Wohlfahrtszwecke 4 991 963 (+ 325 272) Mk., für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände, sowie für Beschaffung der Betriebsmaterialien 13 474 200 (— 94 408) Mk., für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen 17 619 952 (— 912 599) Mk., für Unterhaltung der Betriebsmittel und der maschinellen Anlagen 13 111 334 (+ 1 222 620) Mk., für Benutzung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistungen fremder Betriebsmittel 3 069 149 (— 734 409) Mk. und für verschiedene Ausgaben 1 161 207 (— 202 607) Mk. Auf jedes Kilometer Bahnlänge entfiel eine Ausgabe von 34 084 (— 272) Mk., auf jedes Zugkilometer 3,134 (+ 0,068) Mk. und auf jedes Wagen-kilometer 0,094 (+ 0,005) Mk. Der Ueberschuß für 1901 betragt demnach 28 208 734 Mk. (im Jahre 1900: 38 093 489 Mk.), mithin 4884 755 Mk. weniger als im Jahre 1900. Es ergibt sich daraus eine Verzinsung von 3,036 Prozent, d. i. 0,667 Prozent weniger als im Jahre 1900.

**Gainichen, 5. August.** Der Genosse Friedrich Fleischer im nahen Ottendorf hat dem dortigen Gemeinderat seit 25 Jahren angehört. Aus diesem Anlaß ist ihm ein Diplom überreicht worden des Inhalts: In dankbarer Anerkennung für seine wahrheitsgetreue Thätigkeit und Ausdauer als Mitglied des Gemeinderats, dem er seit 19. Juli 1877 bis 19. Juli 1902 angehört und mit Rat und That der Gemeinde und dem Rate zur Seite gestanden hat, ist ihm hierüber gegenwärtiges Diplom mit dem Wunsche, daß Gott ihm noch viele Jahre Gesundheit und Wohlergehen schenken möge und er noch lange der Gemeinde in diesem Amte verbleiben möchte, ausgesprochen. Am Tage seines 25 jährigen Jubiläums. Der Gemeinderat zu Ottendorf.

Es dürfte wohl nicht zu oft vorkommen, daß einem Sozialdemokraten so etwas widerfährt.

**Hierzu zwei Beilagen.**

# An Asthma

**Bronchialkatarrh      Lungenbluten      Lungenleiden      Magenleiden**

Erkrankte wollen sich die Zeit nehmen, eingehende Heilungsberichte zu prüfen. Es ist dies nur ein verschwindend kleiner Teil der fortgesetzt eingehenden. Sie werden ohne jeden Kommentar veröffentlicht, weil man die Ueberzeugung hat, daß das leidende Publikum sehr wohl im Stande ist, sich selbst ein Urteil zu bilden. Die Briefauszüge sind, keine künstliche Abänderungen abgerechnet, wortgetreu; weggelassen sind alle Ausdrücke der Dankbarkeit, sowie etwaige Kritiken über vorangegangene erfolglose Kuren. Die Originalbriefe liegen zur Einsicht aus und wird dringend gebeten, hieron umfangreichen Gebrauch zu machen. Behördlicherseits ist dies bereits geschehen. Abweichungen von der Wahrheit, gleichviel ob sie in diesen einleitenden Worten oder in den nachfolgenden Heilungsberichten gefunden würden, zögen strenge Strafen nach sich. — Um den Laien die Möglichkeit an die Hand zu geben, nicht erst den Ausbruch der Krankheit abzuwarten, sondern bei Auftreten auch eines einzigen Symptomes sich rechtzeitig dem Arzte anzuvertrauen, folgen hier einige der am häufigsten vorkommenden

**Symptome:** Husten, vielfach zum Erbrechen reizend. — Auswurf zähen Schleimes. — Stechen auf Brust und Rücken. — Druck in den Schulterblättern. — Nachtschweiß. — Spindeln. — Oft bestiger, unregelmäßiger Herzschlag, verbunden mit starkem Angstgefühl. — Wangelhafter Schlaf. — Schlechte Verdauung.

Zur Kur-Einstellung sind nötig die genaue Leidensbeschreibung, die Angabe der Beschäftigung und ob kalte Fülße vorhanden sind. Man adressiere:

**Kur-Institut „Spiro spero“ (Paul Weidhaas), Dresden-Niederlössnitz, Hohe Str. Nr. 121 d.**

**Kurzliche Anerkennungen über die Weidhaas'sche Kur:**  
 Dr. med. Wolf in B.: „Ich habe Ihre Anordnungen eingehend studiert, dieselben sachmännlich und auf die neuesten Forschungen basierend gefunden.“  
 Dr. med. R. in S. (80 Jahre alt): „Mein Asthma hat sich nach Gebrauch Ihrer Kur wesentlich gebessert, hoffentlich werden Sie mir Ihre weiteren Ratschläge nicht versagen, denn ich habe dazu noch das meiste Vertrauen.“  
 Dr. med. W. in G.: „Ich habe durch einen Patienten von Ihrer vorzüglichen Kur gehört und stehe nicht an, Sie um nähere Details hierüber zu ersuchen, da es mir im Interesse der armen Leidenden wertvoll erscheint, auch Ihre Erfahrungen kennen zu lernen.“  
 Später schrieb dieser Arzt: „Ich finde Ihren Kurplan ganz vortrefflich und einzig richtig, bin durchaus von dem Vortheile Ihrer Anordnungen überzeugt und stimme Ihnen vollkommen bei.“  
 Herr Otto Fr. in D. schreibt: „Mein Hausarzt, Herr Dr. V., empfiehlt mir angelegentlichst Ihre Kur.“

**Souffe, Prinzessin zu W., Schloß L., schreibt:** „Infolge Ihrer Kur sind die Asthmaanfalle ganz vergangen.“

### Herz-Asthma.

Seit 5 Jahren litt ich an Herzkrankheit und Atemnot, einem schrecklichen Husten, zähen, schleimigen Auswurf, kalten Händen und Füßen, Kopfschmerz mit Schwindelanfällen bis zum Taumeln, Schlaflosigkeit mit Herzklopfen und träger Verdauung. Wenn ich im Bett war, überließ mich kalter Schweiß und vor Bangigkeit konnte ich keine Ruhe finden. — So habe ich mich Jahre lang hingeschleppt, bis ich in der Zeitung von dem Kurinstitut „Spiro spero“ (Paul Weidhaas) las, wendete mich auch dorthin und schilberte mein Leiden. Die Antwort, die ich erhielt, lautete: wenn ich Vertrauen hätte und alle Verordnungen pünktlich befolgen wollte, würde mir auch geholfen werden. — So fing ich die Kur am 10. Juni d. J. nach brieflicher Verordnung an, mit Gottes Hilfe.  
 In 14 Tagen konnte ich schon Besserung berichten, von Tag zu Tag wurde es besser. — Nach viermonatiger Kur war ich von meiner schrecklichen Pein vollständig befreit. Bin nun wieder gesund wie der Fisch im Wasser, es fehlt nicht mehr an Atem; Berge und Treppen kann ich ohne Beschwerde auf und abgehen, habe einen gesunden Appetit zum Essen, einen gesunden Schlaf und freue mich meines Lebens wieder in einem Alter von 62 Jahren. Solches verdanke ich nur Ihrem Institute, und kann ich jedem

ähnlich leidenden Patienten empfehlen, sich vertrauensvoll dorthin zu wenden, so wird ihm geholfen werden.  
 Hochachtungsvoll **W. H. Buhl**, Berginvalide.  
 Die Echtheit der vorstehenden Unterschrift beglaubigt **Wilk a. b. Swidau i. S.**, a. 26./11. 1901.  
 Der Gemeindevorstand. Kleinhepzel.

### Lungenbluten.

Im Jahre 1898 wurde ich von Blutungen befallen. Abwechselfind bin ich da von 8 Monaten als an Brustkatarrh leidend und zuletzt wegen Lungenkatarrh behandelt worden, jedoch ohne Erfolg. Durch Auswurf, Appetitlosigkeit, schlaflose Nächte u. verschlimmerte sich mein Zustand derartig, daß mich jeder, der mich sah, für verloren hielt und ich selbst hatte alle Hoffnung aufgegeben. Da las ich in der Zeitung von der Kurmethode des Instituts „Spiro spero“ und setzte mich mit ihm in Verbindung. Drei Tage später hatte ich schon die nötigsten Kurvorrichtungen u. Wenn ich nun anfangs auch manchmal wankelmütig wurde, so kann ich doch jetzt dem Institut „Spiro spero“ nicht genug dafür danken, daß es mich immer wieder zur Ausdauer ermahnte. Durch die Kur bin ich nun wieder völlig gesund geworden, spreche dafür meinen herzlichen Dank aus und kann dieselbe allen ähnlich Leidenden nur aufs wärmste empfehlen.  
**Wilhelm Heinenöder**, Langenbiebach.  
 Die vorstehende eigenhändige Unterschrift wird hiermit amtlich beglaubigt. **Der Bürgermeister.**  
 Langenbiebach, 22. Oktober 1901. **R. Uger.**

### Lungen- und Kehlkopfkatarrh.

Ich litt 3 Jahre an chronischem Lungen- und Kehlkopfkatarrh und sonstigen Beschwerden und bin nun durch die Kur des Instituts „Spiro spero“ wieder vollständig hergestellt. Diese ist mir in allen Teilen sehr gut bekommen und von bestem Erfolg gewesen. Reicht Gott danke ich dem Institut meine Gesundheit. Es ist kein Rückfall mehr eingetreten, alles ist sehr regelmäßig, und spreche ich hierdurch nochmals meinen verbindlichsten Dank aus.  
**Christian Duderer**, Mated bei Einmendingen.  
 Obiges Schreiben beglaubigt **Gutjahr**, Bürgermeister.  
 Mated, den 26. August 1901.

### Bronchialkatarrh.

Es macht mir große Freude, Ihnen meine andauernde Genesung mitteilen zu können. Der schlimme Bronchialkatarrh, verbunden mit beständigem Husten, Auswurf und starker Atemnot, ist durch die Kur des Instituts „Spiro spero“ gewichen. Ueber 2 Jahre lang brauchte ich viele Arzneien erfolglos und deshalb sah ich mich ver-

anlaßt, an das oben erwähnte Institut um Rat und Hilfe zu schreiben. Für die Bemühung des Kur-Instituts „Spiro spero“ spreche ich hierdurch meinen aufrichtigsten Dank aus und wünsche allen Patienten dieses Instituts einen gleich guten Kurerfolg.  
**Charlotte Wolf**, Rednitz b. Waa.  
 Daß vorstehende Unterschrift von Fr. Wolf hier eigenhändig vollzogen ist, wird hierdurch beglaubigt.  
 Rednitz, den 15. Juli 1901. **G. Westendorf**, Schulze.  
 (Polizeiempfel.)

### Magen-, Brust- und Herzleiden.

Aufmerksam gemacht durch Ihre Inserate in den verschiedensten Zeitungen, möchte ich meine Zuflucht zu Ihnen nehmen und hoffe, über meinen Krankheitszustand von Ihnen Aufklärung zu erhalten. Ich bin ziemlich abgemagert und verspüre hier große Mattigkeit und Schmerzen in der Brust und im Rücken. Habe in letzter Zeit einen ziemlich gelben Auswurf und ein starkes trodenes und beihendes Gefühl in der Nase. Nach dieser Schilderung erhielt ich nun von dem Institut „Spiro spero“ die Anleitungs-Verordnungen zugesandt. Nachdem ich diese kurze Zeit strikte befolgt hatte, machte sich eine weitere genaue Krankheitsbeschreibung an der Hand eines Fragebogens nötig, worauf mir dann weitere ergänzende Verordnungen zugingen. Ich wandte alles genau nach Vorschrift an und kann zu meiner größten Freude bekann geben, daß ich nach sechswochenlanger Anwendung dieser Kur geheilt worden bin, wofür ich hierdurch noch meinen herzlichsten Dank ausspreche. Auch ich kann allen ähnlich Leidenden nur empfehlen, sich an das genannte Institut zu wenden.  
**G. bei W.**, den 25. Dezember 1901. **M. G., Käfer.**

### Lungenleiden.

Ich litt an schlechter Circulation des Blutes, welche die Folge meines Lungenleidens war. Hatte heftige Schmerzen in der linken Seite, Angstgefühl, starkes Herzklopfen, kalte Hände und Füße, schlechten Appetit und war immer müde und matt. Alle vom Arzte angewandten Mittel blieben erfolglos und glaubte ich daher im höchsten Grade an Schwindsucht zu leiden. Da wandte ich mich in meinem Elend an das Kur-Institut „Spiro spero“, und wahrhaftig, ich habe mich nicht getäußt. Durch die mir gegebenen Verordnungen, welche ich einharrm, wenn auch nicht ganz strikte befolgte, trat am fünften Tage schon Besserung ein und sieht mir heute niemand mehr an, daß ich je krank gewesen. Ich bin deshalb dem Kur-Institut „Spiro spero“ vieltausend Dank schuldig und werde nie unterlassen, die so einfache und billige Kur allen ähnlich Leidenden zu empfehlen; denn hätte ich diese Kur nicht angewendet, würde ich nicht mehr unter den Lebenden weilen.  
**Sinzheim**, den 21. Dezember 1901. **Marie Gäulter.**

Die Kur ist brieflich und ohne jede Berufsstörung durchführbar.

## Volkverein für Plagwitz-Lindenau.

**Ausflug in den Zeitzer Forst.**

Gesellschaftsfahrt 3. Klasse früh 4.47 vom Bahnhof Plagwitz. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1.85 Mk.  
 Die Listen für die Einzeichnung liegen bis Freitag abend im Vereinslokal aus. Die Teilnehmer haben sich pünktlich 1/5 Uhr früh am Bahnhof Plagwitz einzufinden. Späterkommende können keinen Anspruch auf die Vergünstigungen der Gesellschaftsfahrt machen. [7160]

**Gedenkfeier von Lenaus 100. Geburtstag.**

**Steinarbeiter von Leipzig u. Umgegend.**

**Großes Sommerfest**

**Konzert, Kinderspielen u. Belustigungen für Herren u. Damen.**

**Naturheilverein Leipzig II, Johannisbad.**

**Felsenkeller, Plagwitz.**

**Extra-Konzert des gesamten Günther-Coblenz-Orchesters**

**Arnolds Restaurant und Café**

**S. Osswald**  
 Königsplatz 7, I.  
 vis-a-vis der Markthalle.

Bettstelle mit Matratze  
 Schränke  
 Vertikals  
 Kommoden  
 Küchenschränke  
 Sofas  
 Divans  
 Chaiselongue  
 Spiegel  
 Kinderwagen  
 Uhren  
 Regulateure  
 5 Mark Anzahlung nur bei

Den geehrten Bewerbern um die Lagerhalterstelle zur Kenntnis, daß dieselbe besetzt ist.

**Vergnügungs-Etablissement**

**Möbel-Magazin E. Rehm vorm. H. Lange**

**Möbel, Spiegel und Polsterwaren**

**Geschäfts-Gröpfung.**

**Brot- und Fein-Bäckerei sowie Konditorei**

**Luftschläuche Mk. 4.—**

**Laufdecken „ 7.50**

**Fahrradklarner**

**Sünstliche Zähne von 2 Mark an.**

**10 Jahre Garantie!**

**Schmerzloses Zahnziehen von 1 Mark an.**

**Reparaturen von 2 Mark an sofort.**

**Schoders Zahn-Atelier, Aeußere St. 79.**

**Luftschläuche Mk. 4.—**

**Laufdecken „ 7.50**

**Fahrradklarner**

**Sünstliche Zähne von 2 Mark an.**

**10 Jahre Garantie!**

**Schmerzloses Zahnziehen von 1 Mark an.**

**Reparaturen von 2 Mark an sofort.**

**Schoders Zahn-Atelier, Aeußere St. 79.**

Donnerstag den 7. August

Donnerstag den 7. August

Donnerstag den 7. August

Donnerstag den 7. August

Donnerstag den 7. August

Buchhandlg. Arth. Gasch

Luftschläuche Mk. 4.—

Laufdecken „ 7.50

Fahrradklarner

Sünstliche Zähne von 2 Mark an.

Luftschläuche Mk. 4.—

Laufdecken „ 7.50

Fahrradklarner

Sünstliche Zähne von 2 Mark an.

Der Proporz bei Gewerbegerichtswahlen.

Aus Mannheim schreibt uns unser badischer Correspondent: Die Stadt Mannheim ist die erste im Reich, die einen praktischen Versuch mit dem Proportionalwahlssystem bei der Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht macht...

Nachdem die Möglichkeit der Einführung dieses Systems nunmehr durch die mit dem 1. Januar laufenden Jahres in Kraft getretene Novelle zum Reichsgesetz betreffend die Gewerbegerichte festgelegt worden ist, mit der Maßgabe, daß die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden kann...

Die endgültige Fassung des Mannheimer Gewerbegerichtstatuts führt die Verhältnisse zu einem einheitlichen Vorort ein, schließt dagegen die zum Gewerbegerichtsverband Mannheim gehörenden, zum großen Teil ebenfalls industriellen fünf Landgemeinden davon aus...

Der eigentlichen Wahl geht — wie dies in den genannten Ländern üblich ist — die Aufstellung von Vorschlagslisten durch die Vereinigungen der Arbeiter bzw.

Arbeitgeber voraus, auf denen bestimmte Kandidaten bezeichnet werden. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts fordert in einer Bekanntmachung der amtlichen Verkündigungsblätter zur Einreichung dieser für Arbeiter und Arbeitgeber getrennt aufzustellenden Vorschlagslisten auf...

Die Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Beisitzer in der Wahlhandlung zu wählen sind, und sind, ebenso wie die Vorschlagslisten, für Arbeiter und Arbeitgeber getrennt herzustellen...

Die Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt in dieser Weise: Jeder Stimmzettel wird behufs Konstatierung der Zahl der auf die einzelnen Vorschlagslisten entfallenden Beisitzer für diejenige gültige Vorschlagsliste gezählt, deren Aufschrift mit derjenigen des Stimmzettels übereinstimmt...

stimmung des Bürgerausschusses. Seine erstmalige Anwendung wird bei den Gewerbegerichtswahlen im November d. J. erfolgen, zu denen die Wählerlisten mit etwa 7500 Arbeitnehmern und rund 1200 Arbeitgebern bereits vor einigen Wochen geschlossen worden sind...

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zur heutigen Ernte in Sachsen. Nach der neuesten Uebersicht des Landes-Kulturrats ergibt sich über die heutigen Ernteaussichten in Sachsen folgendes:

Am 24. Juni, 1. und 9. Juli traten Gewitter mit Hagelschlag auf, die besonders in den Amtshauptmannschaften Pirna (bis 90 Proz.), Freiberg, Grimma, Oschatz, Döbeln (bis 80 Proz.), Rochitz (bis 75 Proz.), Chemnitz, Pössa und Oelsnitz Schaden angerichtet haben...

Das Sommergetreide hat sich infolge der reichlichen Niederschläge meistens gut entwickelt. Der Hafer hat vielerorts unter starkem Auftreten von Hebrich und anderen Unkräutern zu leiden. Auch die Entwicklung der Hackfrüchte ist durch die feuchte Bitterung ungünstig beeinflusst worden...

Ueber die Aussicht der Obst- und Gemüseernte berichtet der Geschäftsführer des Landes-Obstbauvereins für das Königreich Sachsen, Gartenbau-Inspektor Braunbart-Melken, in der Zeitschrift für Obst- und Gartenbau...

Dresden, 5. August. Die Firma Rodsch Nachfolger zahlt weiter und liquidiert. Auf Eruchen der Firmenglieder und im Einvernehmen mit den Hauptgläubigern des in Zahlungsstockung geratenen Bankhauses Eduard Rodsch Nachfolger in Dresden hat die Dresdener Bank in den letzten Tagen den Status desselben eingehend geprüft...

Kleine Chronik.

Leipzig, 6. August.

Theaternachrichten. Neues Theater. Donnerstag: Die Lyranel der Thranen. Vorher: Zum erstenmale: Der gute Tag. Schauspiel in einem Akt von H. Schwabe...

Die Geisteskrankheit im Heere. Dr. Ewald Stier hat in der Allgemeinen Zeitschrift für Psychiatrie beachtenswerte Thatsachen und statistische Angaben über das Vorkommen der schwereren Formen von Nerven- und Geisteskrankheit in den Heeren der verschiedenen Staaten Europas veröffentlicht...

ursachen sind alsdann Beschädigungen des Schädels, aber auch anderer Körperteile durch Geschosse, durch Unfälle, heftige Erschütterungen, wenn sie in Augenblicken starker Erregung des Gehirns eintreten. Im Verlauf des Krieges von 1870/71 erreichten die Fälle von Geisteskrankheiten dieser Art...

Das Gift im Gift. In der ganzen Welt wird jetzt mehr als zuvor gegen den Alkohol mobil gemacht. Sehr vernünftig ist ein Vorgehen, zu dem sich im letzten Jahr die Pariser Akademie für Medizin entschlossen hat...

Laborde schlägt vor, den Verkauf folgender Getränke außer zu ärztlichen Zwecken gänzlich zu verbieten: Absinth und seine Verbindungen, Witter, Wermuth, Ruferceme, Chartreuse, Gin und Tullnerar.

-Ks. Elektrisches Zahnziehen. Die Elektricität ist auf dem besten Wege, Mädchen für alles zu werden. Auch in die Heilkunde ist sie stetig eingedrungen. Starke elektrische Ströme von hoher Spannung erzeugen allerdings eine innere Erschütterung...

Witziges.

Scharfe Kontrolle. „Was lesen Sie denn da?“ „Die Wetterprognose.“ „Über das ist ja die Zeitung von gestern?“ „Ich lese principiell nur die Prognose von gestern; da weiß ich doch immer gleich, ob sie richtig ist oder falsch!“

ergeben, daß nach vorsichtiger Schätzung die Aktiven die Passiven ganz weitaus übersteigen. Demzufolge hat die Dresdener Bank sich bereit erklärt, die Angelegenheit zu regulieren, und wird die genannte Firma sofort in Liquidation treten. Zu Liquidatoren wurden ernannt der eine Inhaber der Firma, Herr Peter Sverrekeß, und als Vertrauensmann der Dresdener Bank Herr Justizrat Schubert. Die auf heute Vormittag 11 Uhr einberufene Gläubigerversammlung ist infolgedessen gegenstandslos geworden, und die Firma Ed. Nachsch Nachfolger wird, sobald das eingebracht gewesene Veräußerungsverbot aufgehoben sein wird, ihre Zahlungen wieder aufnehmen und alle Gläubiger voll befriedigen. Die Geschäfte der Firma gehen in der Hauptsache auf die Dresdener Bank über.

Die Dresdener Bank hat für die Liquidation der Firma Nachsch sofort einen Betrag von 3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

**m. Dresden, 5. August.** Ein Opfer des Militarismus ist der 1879 zu Neustadt, Schlesien, geborene jetzige Militärgefangene Jganz Daniel geworden. Der Genannte wurde am 12. Februar d. J. vom Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 wegen thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und wegen sich als Drohung darstellender Achtungsverletzung und Ungehorsams unter Annahme eines „milder schweren“ Falles zu 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis und Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Der bis vor seinem Dienst eintritt, der im Jahre 1900 bei der 4. Compagnie des 139. Infanterie-Regiments in Döbeln erfolgte, noch völlig unbefristete Angeklagte, hatte sich am Abend des 18. Januar d. J. im hiesigen Festungsgelände, wohin er vor einigen Monaten zur Verbüßung einer Freiheitsstrafe gebracht worden war, eines Subordinationsvergehens schuldig gemacht. D. hatte in ungebührlich ungehöriger Weise, von dem Sergeanten Sonntag seine Bettwäsche verlangt und als ihn darauf der Unteroffizier zurechtwies, einen Stuhl erhoben, um ihn nach seinem Vorgesetzten zu werfen. Indessen unterließ der Wurf, da der Bedrohte rechtzeitig auswich. In gleicher Weise benahm sich D. kurze Zeit darauf gegen den Sergeanten Schroder. In beiden Fällen hatte sich der Angeklagte auch Schimpf- und Drohworte bedient. Nach der kriegsgerichtlichen Verhandlung — Angeklagter wie Gerichtsherr hatten gegen das Urteil Verweisung eingelegt — mußte Daniel wegen eines Verstoßes in das Garnisonlazarett gebracht werden. Während seines dortigen Aufenthalts tauchten nun Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Genannten auf, weshalb er unter Beobachtung des Stabsarztes Dr. Vennede gestellt wurde. In der ericnt anberaumten Sitzung vor dem Oberkriegsgericht wurde dieser als Sachverständiger vernommen. Nach seinem Gutachten hat sich D. bei Begehung der That wohl nicht in einem völlig unzurechnungsfähigen Zustande befunden, doch ist die freie Willensbestimmung des Angeklagten zum mindesten beeinträchtigt gewesen. Der Zustand krankhafter Erregung, der bei dem Angeklagten durchaus nicht erst in neuerer Zeit eingetreten sei, sondern schon vor seinem Dienst eintritt bestanden habe, mache ihn für den militärischen Dienst ungeeignet und zu Bewaltthätigkeiten leicht geneigt. Dieser Zustand sei teils auf Veranlassung, teils auf ein früheres ausschweifendes Leben zurückzuführen in Verbindung mit mangelhafter Intelligenz. Wäre die Krankheit eher entdeckt worden, hätte man Daniel sicher erst gar nicht zum Militär ausgehoben. Der Vertreter der Anklage beantragte selbst, die Verweisung des Gerichtsherrn zu verwerfen und mit Rücksicht auf das Sachverständigengutachten auf die zulässige Mißbestrafung zu erkennen. Rechtsanwalt Dr. Thieme als Verteidiger des Angeklagten nahm für seinen Klienten den Schutz des § 98 des Militärstrafgesetzbuchs in Anspruch, da D. von seinen Vorgesetzten gereizt worden sei. Zweifelhaft sei es aber, ob Angeklagter bei seinem krankhaften Zustande überhaupt noch unter das Strafgesetz falle. Auf jeden Fall sei äußerste Milde am Platze. Erwähnt sei noch, daß Daniel am Tage der kriegsgerichtlichen Verhandlung in seiner Zelle alles demolirte. Nachdem der Angeklagte durch seine Soldatenzeit fürs ganze Leben ruiniert ist, wird man ihn jetzt zur Disposition der Erfassbehörden entlassen. Das Oberkriegsgericht hielt in dessen unter Berücksichtigung aller dem Angeklagten günstigen Umstände die ausgesprochene Strafe für eine sehr milde und verwarf daher die Verurteilung. Nur wird dem Angeklagten die Unternehmungshaft mit sechs Monaten angerechnet. Zur Verbüßung einer Strafe wird Daniel nach Zwickau transportiert werden.

**n. Auerbach i. B., 4. August.** Recht viel Energie entwickelt der hiesige Stadtrat. Gegen die von einem Grundstücksbesitzer im Wiesengebiet eigenmächtig vorgenommene Absperrung des Kirchsteiges nach Crinitzleichen war beim Stadtrate Beschwerde erhoben worden. Bei den angestellten Erörterungen wurde dem Rat auch die Amtshauptmannschaft um eine Meinungsäußerung ersucht, die aber zur Verwunderung des Rats dahin lautete, daß der Kirchsteig als öffentlicher Weg nicht zu betrachten sei. Gegen diese Meinung der Amtshauptmannschaft wird der Rat Beschwerde erheben, der Grundstücksbesitzer aber wurde unter Strafandrohung aufgefordert, den Weg bis auf weiteres für den öffentlichen Verkehr wieder freizugeben. Eine weitere Differenz besteht auch noch zwischen Stadtrat und Amtshauptmann wegen eines in der Nähe des Lehrerseminars zu errichtenden Fabrikgebäudes. Die Stadtbehörde hatte gegen die Errichtung nichts einzuwenden, dagegen erhob aber der Amtshauptmann für das Seminar Einspruch. Der Stadtrat stellte hierauf dem Amtshauptmann anheim, nachzuweisen, daß er von der Regierung mit der Vertretung des Seminars beauftragt worden sei.

Auch mit der Schulinspektion scheint der Stadtrat in keinem besonders freundschaftlichen Verhältnis zu stehen. Die Abschrift eines Beschlusses, der sich gegen die Wahl des Stadtrat-Bergold in den Schulausschuß wendet, wurde an den Bezirkschulinspektor mit dem Ersuchen zurückgeschickt, das Schriftstück zunächst mit eigener Unterschrift zu versehen. Vor kurzem richtete die Schulinspektion ein Anschreiben an den Stadtrat, das als „Vertraulich“ bezeichnet war. Die Schulinspektion wurde dahin benotet, daß man einen vertraulichen Verkehr im Amte nicht pflege, sondern in amtlichen Angelegenheiten auch nur amtlichen Verkehr kenne und wünsche.

**o. Bautzen, 5. August.** Die Betrügereien des Kassiers der Sterbefälle zu Oberlausitzerdorf beschäftigten am Freitag die Ferienstrafkammer des hiesigen Landgerichts. Wegen Betrugs angeklagt war der Weber Edward Julius Häbner aus Leutensdorf. Die Betrügereien, welche in der Anklage als eine fortgesetzte Handlung angesehen wurden, verübte der Angeklagte in den Jahren 1883 bis 1900, indem er im Laufe dieser Zeit 112 Sterbefälle fingierte und für sämtliche Fälle von den Wittglieðern die Beiträge zu Unrecht einkasste. Der Schaden, den der Angeklagte auf diese Weise den Klassenmittglieðern in ihrer Gesamtheit zugefügt hat, wird auf 10—11 000 M. an-

genommen. Der Angeklagte wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

**p. Einzelfeld, 5. August.** Das Verbot einer Versammlung für Metallarbeiter und Textilarbeiter, die am 6. Juli unter freiem Himmel auf dem Grundstück von August Urban stattfinden sollte, hat die Bestätigung der Kreisauptmannschaft gefunden. Die Gewerkschaftsversammlung wurde von der Amtshauptmannschaft, die das Verbot erlassen hatte, wegen des auf der Tagesordnung stehenden Themas als politische Versammlung bezeichnet. Die Kreisauptmannschaft findet das in der Ordnung. Als gerechtfertigt betrachtet die Kreisauptmannschaft auch die Befürchtung der Amtshauptmannschaft, daß die Fernhaltung der Jugendlichen nicht durchführbar gewesen wäre.

**q. Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Die im Wälschthale bei Falkenstein gelegene Weismühle von Albrecht Hänel, in der Säderei und mechanische Kongregeweberei betrieben wurden, ist vollständig niedergebrannt. — Als am Sonnabend abend der Schnellzug, der in Plauen i. V. 8 Uhr 9 Minuten in der Richtung nach Greiz abfährt, in die Nähe des Wälschthunncks gekommen war, explodierte die Schlußlaterne, und die brennende Lampe erregte im Tunnel so große Helligkeit, daß Rufe laut wurden: **Der Wagen brennt!** Man gab das Notsignal, worauf der Zug außerhalb des Tunnels hielt und die Beamten das Feuer löschten. Ein Fahrgast war während des Ganges des Zuges aus dem Wagen gesprungen und zu Falle gekommen, glücklicherweise ohne Schaden zu nehmen. — Am Sonnabend abend wurde auf dem Bahnhof in Grünhainichen beim Rangieren der Weichenwärter Erbe überfahren. Der Verunglückte, Vater von fünf Kindern, ist kurz darauf seinen Verletzungen erlegen.

**r. G. Halle a. S., 5. August.** Am Sonnabend nachmittag gegen die Arbeiter der größten Halleischen Maschinenfabrik mit Sang und Klang durch die Straßen der Stadt nach der schön gelegenen Saalhofbrauerei, um dort das übliche Sommerfest zu feiern. Damit sich der Zug recht effektiv gestaltete, waren zwei Musikkapellen, darunter eine Militärkapelle, engagiert. Die harmlosen Arbeiter amüsierten sich und waren guter Dinge. Am Montag war es anders, da regnete es Fremdzettel. Zunächst wurden Gießereiarbeiter entlassen und heute gingen weitere Entlassungen in anderen Betrieben vor sich, deren Zahl noch nicht genau festgestellt werden kann. In der Metallschmiede allein befreit sich die Zahl der Entlassenen auf rund 20 Personen. Wie mag es den Familienwätern zu Mutte gewesen sein, die nach dem Sommerfest den Not- und Sorgenchein erhielten?

**s. r. Aus Thüringen, 5. Aug.** Die Handwerkskammer von Koburg-Gotha hat auf Veranlassung des Staatsministeriums selbständigen Handwerkern, die die Düsseldorf Ausstellung besuchen wollen, Reisebeihilfen von 60 M. in Aussicht gestellt; für die unselfständigen Handwerker hat man also auch im „liberalen“ Koburg-Gotha noch nichts für solche Zwecke übrig.

Die erneute scharf zugespitzte Krise hat auch die Sangerhäuser Maschinenfabrik, ein Unternehmen, das im vorigen Jahre noch 15 Prozent Dividende verteilte, derart gepackt, daß der bevorstehende Geschäftsabschluss ihre Aktien in wenigen Tagen außerordentlich hat fallen lassen. Der bevorstehende schlechte Geschäftsabschluss wird auf die allgemeine ungünstige wirtschaftliche Lage zurückgeführt.

Auch auf dem am 2. und 3. August in Suhl abgehaltenen 24. Verbandstag thüringischer Gewerbevereine wurde der Krisis eingehend gedacht. Der Vorsitzende des Verbandes glaubte eine Meinung nur in einer „erfolgreichen Verabschiedung“ der Postvorlage, auf Grund deren langfristige Handelsverträge möglich sein müßten, zu sehen. Für die Herrlichkeit des Handwerkerstandes charakteristisch war auch die Bemerkung desselben Herrn, daß die Beiträge zu den Kammern von vielen Handwerkern immer drückender empfunden würden, was die Herren öffentlich sonst bekanntlich nicht gern eingestehen.

**oo. Regensburg, 5. August.** Der eben erschienene Bericht der Handelskammer Reg. a. L. bezeichnet das verfloßene Jahr als das sorgenvollste und bedrängnisreichste während den letzten 22 Jahren. Die allgemeine wirtschaftliche Krise habe sich im Kammerbezirk durch einen großen Rückgang der Preise für Kleiderstoffe zc. bemerkbar gemacht. Die Zahl der mechanischen Webstühle haben sich von 11617 im Jahre 1900 auf 11354 im Jahre 1901, also um 263 vermindert. Von den vorhandenen Webstühlen standen 3179, das sind 28 Proz., außer Betrieb. Der Bericht hebt hervor, daß sich gegen den Schluß des Jahres der Abfall der Webwaren verbessert habe. Die Kammer hofft auf den Abschluß günstiger Handelsverträge, so daß der Abfall der hiesigen Fabrikate nach den durch Zollschranken abgesperrten Ländern wieder erschlossen werden kann. Nach Ausweis der Arbeitsordnungen betrage die durchschnittliche Arbeitszeit der Textilarbeiter in Greiz und dessen Vororten meist 11 Stunden, in einigen Ausnahmefällen 10 $\frac{1}{2}$  Stunden, in Zeulenroda dagegen nur 10 Stunden, in einem Falle sogar nur 9 $\frac{1}{2}$  Stunden. Die Sädereiindustrie habe auch in Reg. vielfach Boden gefaßt.

**r. Jena, 5. August.** Der Einbruch mit Raubanfall auf ein Dienstmädchen eines hiesigen Arztes, wovon hier Notiz genommen wurde, hat sich, wie die hiesigen Blätter mitteilen können, als ein plumper Schwindel des Mädchens herausgestellt. Der „Stich“ ist ein völlig belangloser, kaum merkbar und von der „Angestellten“, die mit dieser ganzen Mordgeschichte einen eigenen Diebstahl hat verschleiern wollen, sich selbst beigebracht. Sie hat bereits ein volles Geständnis abgelegt und das Geld, immerhin 530 M., ist in dem von ihr angegebenen Versteck auf dem hiesigen alten Friedhofe thätfächlich gefunden worden.

Von der bekannten Gleichheit vor dem Gesetz und der Polizei ist hier wieder ein hübsches charakteristisches Stückchen zu verzeichnen: während ein Vertreter des Hamburger „Vierstädtebundes“ hier ungehindert nach wiederer Arbeitswilligen herumsuchen kann, ist der Vertrauensmann der Streikenden, der dem Wäderen entgegenarbeiten sollte, von der Polizei verhaftet worden.

**Leipziger Angelegenheiten.**

Leipzig, 6. August.

**Bewegliche Klage** hat bei der Generalversammlung der Konsumvereinsdör Herr Geest, der alle Kämpfe, geführt. Er jagte nach bürgerlichen Wätern:

Die sozialen Pflichten, die den Kleinkaufleuten und Gewerbetreibenden auferlegt werden, werden immer größer und drückender. Die zum Schutze der Kleinkaufleute gegebenen Gesetze, wie das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, erfährt dagegen vielfach von den Gerichten eine Auslegung, daß es den Kaufleuten und Gewerbetreibenden nur geringen Schutz gewähre. Das preussische Warenhaussteuergesetz sei derartig gefaßt, daß eine Umgehung sehr leicht sei. Württemberg habe allerdings in jüngster Zeit die

Einführung der zwangswaisen Warenhaussteuer beschlossen, in Baden stehe die Lösung dieser Frage bevor. Nur in Sachsen werde die zwangswaise Einführung dieser Steuer zwischen dem Ministerium, den Ständekammern und den Magistraten seit sechs Jahren hin und her geschoben. Das sächsische Ministerium wisse es und lasse es zu, daß von den Konsumvereinen Waren an Nichtmitgliedern veräußert werden. Die Vorweisung der Legitimationskarte sei vollständig eingeschlefen, von dem Eingreifen einer Aufsichtsbehörde sei nirgends etwas zu hören. Der offene Verkauf der Konsumvereine sei schlimmer als je zuvor. Es habe den Anschein, als ob der Kleinhandel von oben herunter als das Achtenbrödel angesehen werde; nur in Bezug auf Steuerzahlung werde er als vollwertig angesehen.

Die Angabe, daß die Konsumvereine zu Unrecht an Nichtmitgliedern veräußert, ist wohl nicht mehr als eine unbewiesene tendenziöse Behauptung. Die Gesinnungsgenossen des Herrn Geest ließen sich sonst wohl die Gelegenheit zu neuen direkten Denunziationen bei den Aufsichtsbehörden gewiß nicht entgehen. Soweit es sich um selbstproduzierte Waren handelt, besteht übrigens ein gesetzlicher Hindernisgrund für die Konsumvereine nicht, auch an Nichtmitgliedern zu verkaufen.

Im übrigen machte Herr Geest seinem bedrückten Herzen mit folgendem Wunschzettel Luft:

Wir erstreben Vesteuerung und namhafte Beschränkung der Konsumvereine, Einschränkung des vagabundierenden Handels, Schutz des Kleinhandels in Sachen Sonntagsruhe, Ladenschluß und Bekämpfung der Gehilfenforderungen, richtige Firmierung, volles Gewicht bei Bergen, Zucker und Garnen, Vesteuerung der Warenhäuser, Befragung seitens der Regierung in Handels- und Gesetzgebungsangelegenheiten, Kampf gegen das Kartellwesen und Erhebungen seitens der Regierung über deren Organisation und Wirken, Hebung des Solidaritätsgefühls unter den Mittelstandsangehörigen, Errichtung von Einkaufsvereinen, Bekämpfung des Auktions- und Ausverkaufswesens.

Ist das alles, oder kommt noch etwas nach?

**k. Der Verband deutscher Mietervereine** hält seinen diesjährigen (3.) Verbandstag am 6. September im Gewerblichshaus in Frankfurt a. M. ab. Neben den üblichen geschäftlichen Angelegenheiten bildet den Hauptpunkt der Tagesordnung ein Vortrag mit Diskussion über das Mietrecht und den Mietvertrag. Im Anschluß an den Verbandstag hält der Verein Reichswohnungsgefes eine Versammlung ab.

**Zur Auswanderungsfrage.** Seitens der Redaktionen der Arbeiterblätter sind schon viele Mahnungen ergangen, bei Ausforderungen und großen Versprechungen von Agenten wegen Auswanderung nach Südamerika sowie Amerika recht vorsichtig zu sein. Aber die guten Mahnungen werden einfach nicht befolgt und muß man annehmen, daß den verlockenden Versprechungen der Agenten mehr Glauben geschenkt wird, als den guten, aufrichtigen Warnungen der Presse. Wie viele Auswanderungslustige haben dadurch traurige Erfahrungen gemacht und wie viele werden sie noch machen. Ueber einen charakteristischen Fall teilt dem Halleischen Volksblatt Genosse W. in R. mit: Ich fuhr mit einem Mann (Arbeiter) zusammen in der Bahn von Halberstadt nach Halle; er erzählte mir, daß er aus Galizien wäre, er hätte in einem Blatt in seiner Heimat gelesen, daß Arbeiter bei einem Lohn von täglich 1—2 Dollar (ca. 4.25—8.50 M.) für Amerika gesucht würden. Daraufhin verkaufte er seine Wirtschaftssachen und fuhr mit dem Erlös und den übrigen in längeren Jahren ersparten paar Mark nach Amerika. Drüben wurde ihm aber gesagt, er könnte nicht landen, indem er beim Landen noch 30 Dollar (ca. 127 M.) haben müsse, was bei ihm aber nicht der Fall sei. Darauf wurde er als Ordinarmer betrachtet und mußte die Rückreise antreten. Von dem Agenten hatte er keine Spur gesehen; mit noch 8.40 M. kam er in Halle an. Da aber das Geld bis nach Galizien zum Fahrgeld nicht reichte, entschloß er sich, bis nach Breslau zu fahren und von dort die Reise nach seiner Heimat per Fuß zu machen. Dieser Mann ist dadurch um seine ganzen Habgüter gekommen. Möchte doch den Warnungen der Presse Folge geleistet werden, dann könnten Fälle, wie der geschilderte, nicht vorkommen.

**Die Herstellung einer direkten Bahnverbindung** zwischen Warschau und Leipzig über Lobz, Kallisch, Ostrowo, Bissa, Glogau und Sagan dürfte demnächst perfekt werden. Wie nämlich Warschauer Wäter berichten, ist die Frage der Verlängerung der ihrer Vollendung entgegenstehenden Warschauer-Kallischer Bahnlinie bis zur preussischen Grenze bei Stalmerzyce (Kreis Ostrowo) und des Anschlusses derselben an das preussische Staatsbahnnetz endlich entschieden worden und die langwierigen Verhandlungen sind infolge gegenseitiger Zugeständnisse zum Abschluß gekommen.

**Reichentransporte auf der Eisenbahn.** In den Bestimmungen für Reichentransporte im Geltungsbereich der Eisenbahnverkehrsordnung tritt am 1. Oktober 1902 insofern eine Erleichterung ein, als die Begleitung eines Reichentransportes dann nicht mehr gefordert wird, wenn als Bestimmungsort eine Eisenbahnstation bezeichnet ist und der Absender eines solchen Transportes bei der Aufgabestation das schriftliche oder telegraphische Versprechen des Empfängers hinterlegt, daß dieser die Sendung sofort nach Empfang der dahnseitigen Benachrichtigung von ihrem Eintreffen abholen lassen wird. Bei Sendungen an Reichentransportanstalten und an Verbidigungsanstalten genügt es, wenn diese eine derartige Verpflichtung gegenüber der Eisenbahn in allgemeiner Form übernommen haben. Die Benachrichtigung erfolgt auf Kosten des Empfängers sofort nach dem Eintreffen der Reihe auf der Bestimmungstation entweder telegraphisch oder telephonisch oder durch besonderen Boten.

**Kostenfreie Ferienturse** zur Erlernung der englischen und französischen Sprache sowie der doppelten Buchführung richtet die Berliner Handelsakademie auch in diesem Sommer ein. Dieselben werden von erstklassigen Fach- und Nationallehrern geleitet und sind kostenfrei; gänzlich Unbemittelte erhalten von der Direktion auch die Lehrmittel unentgeltlich. Für diejenigen, die nicht nach Berlin kommen können, wird der Unterricht nach genauer Anleitung mit demselben Erfolg schriftlich erteilt, indem alle Arbeiten unter Beifügung des Rückporto kostenfrei korrigiert werden. Meldungen sind an die Direktion der Berliner Handelsakademie, Kommandantenstr. 89, zu richten.

**Im städtischen Krankenhaus zu Plagwitz** wurden im Jahre 1901 täglich im Durchschnitt 48,28 Kranke verpflegt und im ganzen 17 624 Verpflegstage geleistet. Die Ausgaben für jeden Krankenverpflegstag bezifferten sich auf 2.04 M., so daß sich pro Kopf und Jahr ein Aufwand von 745.82 M. ergab. Die Gesamtausgaben stellten sich für das Jahr 1901 auf 26 008.12 M. Zu erwähnen ist, daß der Aufwand für den Verpflegstag sich gegen das Vorjahr um 14 Pfg. verringert halte.

Zur Sonntagsruhe. Das sächsische Ministerium des Innern hat in betref der Sonntagsruhe auf eine Eingabe...

Herr „Karl Schulte“, der in München das samoje „Institut zur Förderung und Hebung der Kultur in Südafrika“ etabliert...

Bezirksauskunft. In der öffentlichen Sitzung des Bezirks...

Zum Suizid am der Anna Klein. Die Sektion des ermordeten Kindes hat gestern durch Professor Dr. Rodel...

Die Ermordete war das einzige Kind der Frau verwitweten Steiner aus zweiter Ehe; aus erster Ehe sind drei erwachsene Kinder...

Schon gleich nach Auffindung der Leiche, wurden verschiedene Gerüchte laut, daß Kinder gesehen haben wollten...

Wie wir in der dritten Nachmittagsstunde erfahren, ist heute unter dem Verdachte der Thäterschaft ein junger Kaufmann...

Kleine Polizeinachtichten. In der Blauenischen Passage ist am Montag ein Fahrrad, Marke Weigner, eingestohlen...

Eine 18 Jahre alte Arbeiterin aus Eich wurde gestern dabei beobachtet, wie sie einem Kinde das zu Einkäufen bestimmte Geld...

Auf dem Wege von der Langen Straße nach der Eisenbahnstraße in Neuschönefeld ist am 4. August abends einer Dame...

Gestern vormittag kurz nach 11 Uhr ist auf dem Bahnsteige der Abfahrtschalle des Berliner Bahnhofes eine ältere Frau...

Sommerfeld. (Aus der besten der Welten.) Am Sonntag hatten die hiesigen Einwohner das traurige Schauspiel...

führen? Hier wäre es doch Pflicht des christlichen Staates, helfend einzugreifen...

Sommerfeld. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde unter anderem das Gehalt des Gemeindevorstehers um 50 Mk. pro Jahr erhöht...

Aus der Partei.

Zu den Vorschlägen des Vorwärts auf Abänderung der Tagesordnung äußert sich die Rheinische Zeitung...

Reichstagskandidatur. Eine Parteikonferenz des 3. braunschweigischen Wahlkreises (Holzminden)...

Nach ein Hunnenprozeß. Vor der Mainzer Strafkammer hatte sich am Montag Genosse Haas, der Verantwortliche der Mainzer Volkszeitung...

o. Endlich! Nach achtlägigem Hin- und Herrennen und persönlicher wiederholter Vorstellung beim Gefängnisdirektor...

Es hat lange genug gedauert; dafür werden sie ihn aber auch lange behalten!

Vom Parteihaushalt.

Im Monat Juli gingen bei den Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein: Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 120.—, 4. Kreis 2400.—, 5. Kreis, sozialdemokratischer Verein 150.—...

gesammelt auf einer roten Hochzeit 5.56. Teltow-Beeskow-Charlottenburger Wahlkreis vom 1. Januar bis 30. Juni 1902...

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30

Gerichtssaal.

Von der Kümmeblättchen-Zunft. In Café Kamerun trafen sich am 27. Mai d. J. der aus Neurode gebürtige, 34 Jahre alte Wärrner Johannes Wohl...

Vereine und Versammlungen.

Die Märkner Leipzig. Hielten am 2. August ihre Monatsversammlung in der Weinwandhalle, Brühl, ab. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 383 Mk. und eine Ausgabe inkl. Einhebung an die Hauptkasse von 310.79 Mk. Es bleibt ein Bestand von 72.71 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 112. Beim Arbeitsnachweis waren 17 Stellen nach auswärts gemeldet...

Von Nah und Fern.

Schiffsunfall. Berlin, 6. August. Nach einem Telegramm aus Kopenhagen übernahm der Stettiner Dampfer Köln im Grunde den schwedischen Schoner Henry; beide Schiffe sind stark beschädigt. Grubenunglück. Prag, 6. August. Im Marienschacht bei Oberleutenzdorf ereignete sich am Montag ein großer Wassereinbruch. Die aus 76 Mann bestehende Belegschaft ist bis auf einen Häuer gerettet worden. Großfeuer. London, 6. August. Am Dienstag vormittag ist in Barns bei Bessart Feuer ausgebrochen, durch das 18 Magazine zerstört, zwei Straßen niedergebrannt und viele andere Gebäude beschädigt wurden. Erdbeben. Rom, 5. August. In der letzten Nacht fand ungefähr um Mitternacht in Venna ein etwa drei Sekunden lang währendes Erdbeben statt. Auch in Pisa verspürte man unter leiserem Geräusch Erderschütterungen. Ein Schaden ist nicht angerichtet.

Litterarisches.

Soeben ist erschienen: Die Neue Zeit, 44. Heft des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: François Vidal. Ein französischer Sozialist des Jahres 1848. Von Paul Louis. Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen. Von Otto Streine. — Wirtschaft und Kunst. Von Friedrich Herz.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Table with 3 columns: Product name, Unit, and Price. Includes items like Weizen per 1000 kg netto, Roggen per 1000 kg netto, Gerste per 1000 kg netto, Hafer per 1000 kg netto, Mais per 1000 kg netto, Oel Saat per 1000 kg netto, Rapaknaben p. 100 kg netto, Rüböl rohes p. 100 kg netto.

Ausseramtlich:		
Malz per 100 kg netto loco	26—28	
Wicken per 1000 kg netto loco	190—200	
Erbsen per 1000 kg netto loco grosse	220—230	
" kleine	190—200	
" Futter	170—190	
Bohnen per 100 kg netto loco	14—20	
Kleesaat per 100 kg netto rot nach Qualität	60—100	feinste
weiss nach Qualität	60—200	Qualität
gelb nach Qualität	40—46	höher
schwed. n. Qualität	120—160	

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:  
Weizenmehl Nr. 00 24.00  
per 100 kg " 0 21.50—22.50  
exkl. Sack " 119.00—19.50  
Weizenschalen 9.50—10.00M.

### Theaterveranstaltungen.

#### Neues Theater.

Mittwoch den 6. August: 199. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weiß):  
**Fra Diavolo** oder: **Das Gasthaus zu Terracina.**  
Komische Oper in 3 Akten, nach Scribe, von Karl Blum. Musik von Kuber.  
Regie: Ober-Regisseur Waldberg. — Direktion: Kapellmeister Forst.  
Fra Diavolo, Räuberhauptmann, unter dem Namen:  
Marquis von San Marco . . . . . Hr. Moers  
Lord Rockburn, ein reisender Engländer . . . Hr. Schelper  
Pamela, seine Gemahlin . . . . . Frä. Köhler  
Lorenzo, ein Offizier bei den Dragonern . . . Hr. Traut  
Matteo, Gastwirt in Terracina . . . . . Hr. Frede  
Berline, seine Tochter . . . . . Frä. Garbini  
Blacomo } Banditen von Fra Diavolos Bande { Hr. Kunze  
Jeppo } . . . . . Hr. Marion  
Francisco, Berlinens bestimmter Bräutigam . . Hr. Keller  
Ein Müller . . . . . Hr. Blüppel  
Ein Unteroffizier . . . . . Hr. Hennig

Szene: Ein Dorf in der Gegend von Terracina.  
Pause nach jedem Akt.  
Eintritt 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/10 Uhr. Schaup.-Preise.

Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—8 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1—8 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 80 Pfg. Aufgeld.)  
Spielplan: Donnerstag: Die Tyrannen der Thronen. Vorher zum erstenmal: Der gute Tag. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Zum erstenmal: Die Kreuzfahrer. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Zum erstenmal wiederholt: Die lieben Feinde. Anfang 7 Uhr.

#### Altes Theater.

Mittwoch bis Sonnabend: Geschlossen.

#### Berufungskalender.

Mittwoch: Wahlverein Leipzig-Stadt. Öffentliche Versammlung. 8 Uhr. Windmühlente. Abend 1/2 Uhr.

#### Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:  
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Grüne Erbsen mit Schöpfensfleisch.  
Speiseanstalt II (Rosentorgasse): Spinat u. Kart. mit Schwarzsüßholz.  
Gratis-Inserate für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.

**Berein Gewerkschaftskartell für Leipzig und Umgegend.**  
Vorstand: August Wittich, E.-Anger, Radolfstraße 3, II.  
Kassierer: Hermann Willebrand, E.-Meubeln, Friedrich August-Straße 2a, III.  
Bureauhilfen: Guburger Hof, Windmühlente, Sonnabend abends von 1/2 bis 9 Uhr.

# Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt

Eisenbahnstrasse 39—43  
hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag **Reste-Tage.**

### Fahrräder u. Zubehör

können nur bei bedeutenden Bar-Einkäufen, großen Umsatz, beschleunigtem Umlauf und wenig Unkosten zu konkurrenzlosen Preisen geliefert werden, denn hohe Ladenmieten, teure Kataloge (Werbekosten) etc. muß stets der Käufer bezahlen; deshalb kauft man allein: Fußbremsen 0.40, Carbid (staubfrei) per kg 0.55, Fahrradständer 0.75, Fußhaken p. Paar 0.25, Einflachgloden 0.20, Trillergloden 0.60, Radlaufgloden 0.90, Korkgriffe p. Paar 0.35, Seitenlampen per Paar 0.05, Metallfolschüler 2.25, Wadketten 2.25, dopp. Rollenketten 4.—, Kettenpanzer p. Paar 0.85, Oellaternen 1.—, Acetylenlaterne 1.90, Luftpumpen 0.40, Fußpumpen 1.25, Engländer 0.30, Luftschläuche 3.—, Pa. Laufdecken mit Garantie 6.—, neue Fahrräder, vorzügliches Fabrikat, von Mk. 80.— bis 135.— nur im

### Genossenschafts-Brauerei für Leipzig u. Umg.

E. G. m. b. H. z. L.  
empfiehlt ihre jeßigen hochfeinen aus reinem Malz und Hopfen gebrannten **Pilsener, Lager- und Einfach-Biere** dem werten Publikum aus angelegentlichste.

**Michael Dietzel**, Schnelldreiermeister, L.-Rondnitz, Bergstr. 12  
empfiehlt nur nach Maass:  
**Anzüge von 42—75 Mk., Paletots von 40—70 Mk., Rosen von 12 Mk. an.** Bei Selbstlieferung der Stoffe billigste Berechnung, beste Zubehöre, guter Sitz. Fracks u. Gesellschafts-Anzüge auch leihweise. [7170]

#### Schicht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 4. August 1902.

a) Auftrieb:  
437 Rinder und zwar 185 Ochsen, 16 Kalben, 153 Kühe, 81 Bullen;  
216 Rinder;  
652 Stück Schafvieh;  
1274 Schweine und zwar 1274 deutsche, — aus  
2570 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Markt.

### Frühkartoffeln

werden täglich von früh 7 Uhr an ausgegeben am **Gundorf-Schönauer Plasterwege.**  
6800 Rittergut Gundorf.

#### Käufe und Verkäufe.

### Solide Möbel, Spiegel und Bettstellen mit Maträtze 25 Mark.

Lindenau, Auefelsenstr. 46, pt.

**Pracht. Ober- u. Unterb. u. Rissen, sowie Bettst. u. Matr., aus f. 27 A, sofort zu verkaufen Ebonitenstr. 35, pt. I.**  
Ein gebraucht. Sofa u. eine Chaiselongue bill. zu verk. Lindenau, Jolestr. 47, pt. 2 Maträtze u. 1 Bettstelle, fast neu, zu verkaufen. Ludwigsstr. 57, III. v.

Ein schöner Waschtisch billig zu verkaufen. Magdyl, Braustr. 84, pt. r.

**Nur Damenfelder in großer Auswahl billig zu verk. Magdyl, Wühlstr. 31.**

**Prima Laufdecken 6.50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk., Reparaturen an Fahrrädern schnell u. bill. Schnelder & Seidel, Kurprinzstr. 6, I.**

**Laufdecken Nr. 6.— Luftschläuche Nr. 3.25. Wasserdorfer Straße 13. Fahrräder-Sommerlatte.**  
Som 15. August ab **Wischerplatz, Ede Verberstraße.** [8798]

1 geb. Zimmer-Regelbahn billig zu verkaufen, Rd. Auefelsenstr. 48, im Restaurant.

**Hand- u. Geschäftsw. v. d. Reusch, Kirchstr. 67 Hand-u. Leitorwagen 5. W. B. Hofstr. 31b.**

Leere Stube mit Kochofen f. mon. 6 M an verm. Reustadt, Marktstr. 4, III. I.  
Leere Stube, Kammer, u. Keller zu verm. Lindenau, Gutsmuthsstr. 48, I. W.  
Leeres fribl. Zimmer an Frau od. Madch. sof. zu verm. Lindenau, Georgstr. 27, III.  
Leere Stube an einz. Pers. I. Sept. zu verm. Reuditz, Wabelsberger Str. 2, III.  
Schöne gr. möbl. Stube an Herrn od. Dame zu verm. Lind., Umlandstr. 21, II. v.  
Einfach möbl. Zimmer zu vermieten. Sebastian Bach-Str. 34, Hb. III. r.  
Fribl. möbl. Zimmer a. 1 o. 2 P. a. Schlafst. sof. z. verm. Ebonitenstr. 51, IV. I. Schröder.  
Fribl. möbl. Zimmer an 1 Herrn zu vermieten. Steinwartenstr. 63, II.  
Fribl. Schlafstelle f. Herrn od. Mädchen zu vermieten **Anger, Feilgstr. 19, III. r.**  
Fribl. Schlafstelle an Herrn zu vermieten Kleinschöcher, Albertstr. 11, pt.  
Schlafstelle für Mädchen Ludwigsstr. 14, IV. I.  
Wohlierte Stube wird zu mieten gesucht. Offerten unter H. 4 an d. Exped. d. Blattes.

#### Vermischte Anzeigen.

Leichten anständigen Erwerb gewähren die neu patentierten [6850]  
**Strickmaschinen** von **Hugo Günther, Reuditzstr. 37.** Gründlicher lehrreicher Unterricht gratis. Strickgarn zu Fabrikspreisen.  
Intell. Mann f. Nebenbesch. leghend. Act. Off. abzug. Kleinschöcher, Werharbstr. 7, pt  
Eine flotte Wästelmacherin gesucht. Zu erfragen bei Carl Peter, Kleinschöcher.  
Ältere Frau zu Kindern gesucht. Selterhausen, Burgener Str. 21, IV. I.  
Eine gute Heilmutter außerhalb d. Stadt gef. Connewitz, Neub. Wäpelerstr. 38, I.  
**E. A. Krieger, Schneiderstr.**  
Von jezt ab Leipzig, Poststr. 15, III. r. Regelmäßig nur i. Sonntag v. 1/2 11—8 Uhr.  
"Unterricht erteilt zu jeder Tageszeit, auch Sonntags  
**Tanz Herm. Paps, Braustr. 25.**

#### Tanz-Lehr-Institut v. Böhme

Reiter Str. 39 b., auch Sophienplatz 1.  
Eröffne 10. August einen Sonntagskursus von 8 Uhr an, einen Wochentagskursus Dienstag, 12. August, von 1/2 9 Uhr an. Anmeldungen daselbst erbeten. [7092]

### Leipziger Fahrradhaus

**Franz Beyer** [6806]  
Leipzig, Sebastian Bachstraße 32.  
Verfand n. außerhalb. Preisliste gratis

Wir offerieren als äußerst billig:  
**Celoidin-Postkarten**, matt u. glanz., auf ff. Nives-Rohstoff, bestes Fabrikat, 10 St. 40 A, farbige fortiert 10 St. 55 A.  
**Bromsilber-Postkarten**, matt und glänzend, 10 St. 50 A, bei größeren Mengen noch billiger. [7162]  
Unsere **Mercurii-Exzelsplatten** erfreuen sich größter Beliebtheit, da sie trotz niedrigster Preise hervorragend gut sind, andere billige Fabrikate sind nicht damit zu vergleichen.  
Preis { 6x9, 9x12, 12x16 cm  
— 50, 1.—, 1.75 Mk.  
1 Dugend { 18x18, 18x24 cm  
1.95, 3.85 Mk. etc.

**Hoh & Hahne, Reichsstraße 6.**  
Spezialhaus für Photographiebedarf.

Tiergattung	Bezeichnung	Lebens- / Schlacht- / Gewicht
Ochsen:	1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	78
	2. junge fleischige, nicht ausgewachsene — ältere ausgewachsene	68
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	64
	4. gering genährte jeden Alters	57
Kalben und Kühe:	1. vollfleischig, ausgewächs. Kalbenhöfsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	70
	2. vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	68
	3. ältere ausgewachsene Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	64
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	58
Bullen:	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	64
	2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	62
	3. gering genährte	56
	4. ältere gering genährte (Greifer)	—
Rinder:	1. feinste Mast- (Vollfleisch-Mast) und beste Saugkälber	47
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	44
	3. geringe Saugkälber	36
	4. ältere gering genährte (Greifer)	25
Schafe:	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	35
	2. ältere Mastlamm	32
	3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe)	20
	4. gering genährte Hammel und Schafe (Wergschafe)	—
Schweine:	1. vollfleischige der fettesten Rassen u. berentstammungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	67
	2. fleischige	65
	3. gering entwickelte, sowie Säuen und Eber	60
	4. ausländische (aus)	—

c) Verkauf:  
425 Rinder u. zwar 177 Ochsen, 15 Kalben, 153 Kühe, 80 Bullen  
216 Rinder  
512 Schafe  
1154 Schweine

d) Geschäftsgang:  
langsam.

**Kaufen Sie Ihre [6746]**

## Schuhwaren

nur bei

# Max Tack

Reichsstrasse 33/35  
neben dem Relohsmagazin.

**Cigarren, Cigaretten**  
**Kautabak (Genossenschaft)**  
empfiehlt **E. Poppe**, Lindenau 220  
Morseburger Str., a. d. Ratawache.

**Dr. R. Pflügers HAEMATIN-EIWEISS**  
Natürliches Eisen- u. Lecithin-Extrakt

Keine Bleichsucht mehr!

## ? Wer?

feinen Fußboden streichen und sich viel Ärger und Verdruß ersparen will,  
**der kaufe sich**  
die sachmännlich zubereiteten, haltbaren, schnell trocknenden u. nicht nachbleibenden Fußbodenfarben beim alten Praktiker  
**H. Schumann**  
L.-Volkmarisdorf, Elisabethstr. 2  
gegenüber der 16. Bezirkschule.  
Altrenommierte bill. Bezugsquelle für alle Streichmaterialien, Farben, Drogen und Chemikalien. [5898]

### Haut- u. Geschlechtskrankh.

fr. u. veralt. Harnröhren-, Blasenleiden etc. — Flechten, offene Bein- u. Fesswunden. Heil. ohne Operat. u. Berufstörung. Schmidt (i. e. an Dr. Lebrichs Poliklinik), Wühlstr. 4, II., 9-1, 6-8, Sonnt. 10-11.

## Feinste Pflanzenbutter

Preis pro Pfund 70 Pfg.  
Zu jedem Pfund Palmöl erhält der Käufer ein Serienbild. [3909]

Die Ansträger d. Leipz. Volkzeitung besorgen die Witzblätter

### Der Wahre Jakob

10 Pfennige

### Südd. Postillon

10 Pfennige

### Neue Glühlichter

10 Pfennige

### Simplicissimus

15 Pfennige.

### Vogelfutter

Märk., Samenhandl., Lind., Markt 5.

#### Wohnungsanzeigen.

Logis 2 St., gr. Z., R., 1. Off. weggangsb. f. 810 A z. verm. Ebn., Ebnhdtstr. 24, III. I.  
Schönes Logis 1. Oktober zu vermieten. Städtisch, Mittelstr. 50, I., Vorderhaus.  
Stube, Kammer u. Küche f. 240 A an pflanzl. zahlende Leute zu vermieten u. 1. Off. zu beziehen, Volkmarisdorf, Entlaststr. 1, II. v.  
Leere 2tenr. Stube zu verm. Zu erfr. abds. Kleinschöcher, Baummannstr. 7, I. v.

#### Paul Thiele

Special-Geschäft für Haararbeiten  
**Laufer Str. 2, vis-a-vis Krystallpalast.**  
Billige Preise. [6732]

Schottischer Schäferhund zugelassen.  
H. Nagel, Zwenkau, Pegauer Str.

Bei dem erfolgten Ableben unseres geschätzten Kollegen

## Albin Wohlfarth

aus Probstheida

nehmen wir Veranlassung, ihm ein herzlich "Ruhe sanft" nachzusenden. Sein tiefer Charakter findet sich bei uns ein ehrendes Gedenken. Das Arbeitspersonal der Firma Leipziger Schnellpressenfabrik Akt.-Ges. vorm. Schmirn, Werner & Stein. [7167]

Felds Albert soll leben und sich bald besser benehmen. Ein Hilardegenoffe.  
Der sanfte Prager Robert soll leben u. f. Kaninchenzucht daneben. Rinn rate mal.  
Wir gratul. uns. Reffen H. Denckenstein, Dente, Lante, Fröhden und Großmutter.  
Frau W. Wühlbach z. Geb. d. bezal. Wühlw. M. K. P. W. W. u. F. W., Hamburg.  
Uns. lieb. Mama Frau Feinig d. best. Glückw. z. Geburtst. Papa, Hans, Gretchen, Emil.



Bericht

über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

97. bis 192. Plenarsitzung II. Session der X. Legislaturperiode. 26. November 1901 bis 11. Juni 1902.

Interpellationen.

Die wichtigste unter allen in dieser Tagung eingebrachten Interpellationen war wohl diejenige unserer Fraktion über die Arbeitslosigkeit und den durch die Krise hervorgerufenen Notstand. Die fünfjährige Prosperitätsperiode seit 1895 hatte 1900 in einem schrecklichen Zusammenbruch ihr Ende gefunden, der Zeugnis davon ablegte, wie ungesund und schwindelhaft der ganze Aufschwung gewesen war. Die seit 1895 ständig gesteigerte Möglichkeit für die kapitalistische Warenproduktion, den Weltmarkt mit ihrem Ueberflusse zu überschwemmen, hatte speziell in den kapitalistischen Unternehmerrreisen Deutschlands ein wahres Fieber hervorgerufen, welches sich allmählich allen Zweigen des kapitalistischen Produktionslebens mitteilte. Nach einer langen Stokung schien der Weltmarkt unbeeinträchtigt abnahmähmigkeit zu bieten. In Rußland begann eine rege industrielle Tätigkeit, teilweise im Zusammenhang mit dem Bau der sibirischen Bahn, Amerika verlangte in gesteigertem Maße europäische Waren und England, als der Vermittler des Handels der ganzen Welt, verteilte den bei uns vorhandenen Warenüberflus auf die entferntesten See- und Handelsplätze. Die winkenden Millionenprofite riefen bei uns eine tolle Grindberühmung hervor, die bald dem Gründungsstadium der siebziger Periode nichts nachgab. Die im Dienste des Gründertums tätige Börsepreßse machte die taufend Gelegenheiten profitabler Kapitalanlagen in den glänzendsten Farben. Dazu gesellte sich das im Interesse des wirtschaflichen Wettbewerbs ausgegebene Schlagwort: „Weltpolitik“. Die herrschenden Parteien, die offizielle Presse wurden nicht müde, es so darzustellen, als brauche Deutschland nur seine Kriegsstärke zu vergrößern, überseeische Besitzungen zu erwerben, in die Interessenfreitragenden an den entferntesten Küsten sich hineinzumengen, um einen industriellen Aufschwung zum dauernden Zustande zu machen, welcher einen wahren Goldregen auf Deutschland herabschicken werde. Nach am Ende der Aufschwungsperiode, als man bereits die Flügel schlägt des Pleitegeiers raufschien, erschienen die Professoren der bürgerlichen Nationalökonomie in Berliner Arbeiterversammlungen, um mit der Miene der Unerschrockenheit den Arbeitern auseinander zu setzen, wie höchst ihr Widerstand gegen die Flottenvermehrungen sei, wie die „sozialistische Verelendungstheorie“ Flakso erlebt habe und welcher großen Zukunft Deutschland im Zeichen dieses endlosen Aufschwungs entgegengehe, der bald den letzten Proletariat zum Versinken gemacht haben werde. In dem so bei der Bourgeoisie erzeugten Taumel wurde jede warnende Stimme verächtet. Das Geld der großen und kleinen Kapitalisten strömte den Industriebanken zu, die mit denselben industriellen Unternehmungen aller Art finanzierten. Mittelschichten schloffen empor, wie Pilze nach dem Regen, die Zahl der Maschinen wurde enorm gesteigert, die Betriebe vergrößert oder neue angelegt. Vom platten Lande holte die Industrie ganze Armeen Proletariat in die Industriezentren, in denen sie den Mehrwert für die Gründer und Schwindler zusammenschänzen mußten. Die Lage der Arbeiterklasse verbesserte sich dabei fast in keiner Weise. Während die Industrieunternehmungen aller Art von Jahr zu Jahr steigende Dividenden verteilten und die kleine und große Bourgeoisie sich mühelos bereicherte, konnte man für die Arbeiterklasse durchschnittlich nur geringe Lohnsteigerungen und Verbesserungen ihrer Arbeitsweise wie ihrer Lebenshaltung konstatieren. Und auch dies wenige war nur möglich geworden durch den energischen und opferreichen Kampf, den die Gewerkschaften und die Arbeiterpresse für das Arbeiterinteresse geführt hatten. Aber auch der Mehrerwerb der Arbeiter ging großenteils wieder verloren. Die durch die Unternehmer bewirkte Anhäufung großer Arbeitermassen in den Industriezentren rief einen von Jahr zu Jahr sich steigenden Wohnungsmangel hervor, den Grundstückspekulanten und Hausbesitzer zu einer geradezu schamlosen Ausplünderung der Arbeitermassen benutzten. Hierzu trat die Preistreibe der Lebensmittel und aller Artikel des Lebensbedarfs. Die großen Produzenten und Eigner derselben, allen voran das junkerliche Agrarierturn, schöpften durch Ringbildungen aller Art die Konsumtenmasse derart, daß der Preis einzelner Artikel bald in keinem Verhältnis mehr zu ihrem wirklichen Werte stand. Besondere Empörung erregte hierbei in den weitesten Kreisen das Verhalten der Kohlenbarone, die durch das Kohlen- und Coalsyndikat eine unerhörte Verwässerung der Konsumten betrieben.

Die Wirkungen, welche die Vereinigungen der Rohproduzenten ausübten, zeigten sich auch bald für die Industrie in einer verhängnisvollen Weise. Während sich die Unmöglichkeit herausstellte, die Preise der Fertigfabrikate noch weiter zu steigern, wollte man nicht das Absatzgebiet verlieren, wurden die Preise der Rohprodukte immer noch in die Höhe getrieben. Die Industrie geriet hierdurch und durch die weitere Tatsache, daß die Konsumtionsfähigkeit der Massen nicht gleichen Schritt mit der gesteigerten Warenproduktion zu halten vermochte, in eine schlimme Lage. Es fehlte nur noch der äußere Anstoß, um die Ueberfüllung des Marktes zu zeigen und die schrecklichsten Katastrophen in die Erscheinung treten zu lassen.

Dieser Anstoß kam, als der englisch-südafrikanische Krieg den Weltmarkt zu lähmen begann und der Ausbruch der chinesischen Wirren zeigte, wohin die „Weltpolitik“ führte. Ein panischer Schrecken ergriff die Kapitalisten und führte zu der Krise auf dem Markte der Hypothekendarlehen und dem Markte der industriellen Erzeugnisse. Gleichzeitig stockte die ganze Produktion und massenhaft wurden an jedem Lohnstage die Proletariat von den Unternehmern aufs Pfaster gejagt.

Auf solche Weise wurde eine Arbeitslosigkeit erzeugt, die im vergangenen Winter Hunderttausende von Arbeitern in Mitleidenhaft zog. Aber die Reichsregierung, die dem tolen Treiben in der Prosperitätsperiode ruhig zugehört hatte, that auch jetzt nichts, um dem namenlosen Elend der Massen zu steuern. Wir brachten deshalb im Januar eine Interpellation ein, welche die Regierung befragte, welche Maßnahmen gegen die Herr Reichstagslanger zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, die sich in Betriebsbeeinträchtigungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Notstande zweier Volksschichten entgegen zu wirken?

Der Redner, welcher die Interpellation begründete, entwarf ein Bild der grauenhaften Zustände, die durch die Arbeitslosigkeit erzeugt worden waren. Er beschränkte sich jedoch nicht hierauf, sondern schlug auch Maßnahmen vor, durch welche der Arbeitslosigkeit jetzt und später entgegen gewirkt werden könne. Solche Maßnahmen sind: der zehnjährige Maximalarbeitsstag mit Verhütung bis auf acht Stunden, die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze, die Einföhrung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung. Weiter verlangte er, daß Post-, Eisenbahn- und Militärverwaltung keine Arbeiterentlassungen vornähmen, um nicht die Arbeitslosenarme noch zu vermehren; statt dessen aber sollten sie Verkürzungen der täglichen Arbeitszeit vornehmen, um mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Sind wir auch davon überzeugt, daß die Arbeitslosigkeit als eine Folge der anarchischen Produktionsweise des Kapitalis-

mus erst ihr Ende finden wird, wenn die Sozialdemokratie daran gehen kann, ihr Produktionssystem aufzurichten, so lag doch auch auf der Hand, daß das Reich durch entsprechende Maßnahmen die Wirkung der Krisen auf die Arbeiterklasse lindern und die Arbeitslosigkeit weniger fühlbar machen kann. Unsere Vorschläge waren hierzu ein erfolgversprechender Weg.

Die Regierung und die herrschenden Parteien verzichteten jedoch von vornherein darauf, unsere Vorschläge überhaupt eingehend zu diskutieren. Die Regierung hatte durch die Bundesstaaten und die Polizeibehörden eine Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit vornehmen lassen und auf Grund der ihm zu teil gewordenen Antworten bestritt der Staatssekretär Posadowsky nun das Vorhandensein eines außergewöhnlichen Notstandes. Er erklärte weiter, daß seitens der beteiligten Ressorts bereits alles geschehe, der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, daß aber das Reich keine Fürsorge für die Arbeitslosen auszuüben brauche; es sei dies vielmehr Sache der Einzelstaaten und der Kommunen. Noch nicht einmal zu einer Arbeitslosenzählung war die Regierung geneigt. Der Staatssekretär erklärte sie für die schwierigste Aufgabe, die überhaupt existiere. Im übrigen sah er die Lösung der Arbeitslosenfrage in einem Zurückführen der Arbeiter in die Junkerghölle, Anstiedelung der Arbeiter auf dem platten Lande und Vermeidung des Zustromens der Bevölkerung nach den Industriezentren.

Die herrschenden Parteien machten sich die Erwiderung auf unsere Interpellation noch leichter. Das Centrum hatte für die Arbeitslosen viel salbungsvolle Worte, aber eine energische Initiative zu ergreifen, fiel ihm gar nicht ein. Was die Freisinnigen anführten, war mehr ein Lamento über die den kleinen Kapitalisten in der Krise verloren gegangenen Gelder, als ein Wort der Fürsorge für die Arbeitslosen. Vollends die Richterlichen Freisinnigen stimmten dem Staatssekretär darin zu, daß das Reich nichts gegen die Arbeitslosigkeit thun könne. Die Nationalliberalen ließen zwar durch ihren ersten Redner ein paar bebauernde Worte über die Not der Arbeitslosen sagen, verfielen aber hernach dem weisfalschen Vergleichsbild des Wort, der den Kohlenwucher und die Preisverteuerungspolitik der Syndikate auf die Händler abwägte, der Syndikatspolitik überhaupt ein begeistertes Loblied sang und schließlich gegen die Arbeitslosigkeit den Mittelstand an empfahl, der bekanntlich noch in weiter Ferne steht. Graf Kanitz, als Redner der Junker, zog einen Unterschied zwischen Arbeitslosen und Arbeitsscheuen und ein anderer Junkerredner feierte als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit den „Jolltarif“, der die Produktionsverhältnisse der Arbeitgeber besser schätze.

Gegenüber diesem Verhalten der herrschenden Parteien hatte der zweite Redner unserer Fraktion recht, als er der Mehrheit sagte, die Erfahrungen der Krise sollten den Gegnern Anlaß sein, nicht mehr über den „Zukunftstaat“ zu spotten. Wenn die herrschende Gesellschaft sich unfähig erweise, die Anarchie der Produktion zu bändigen, so müßten die Arbeiter die Wirtschaftsweise in die Hand nehmen.

So machte der Verlauf der Debatte den Arbeitern im Lande wieder einmal die Augen darüber auf, was sie von den arbeiterscheuenden Phrasen der bürgerlichen Parteien im Ernstfalle zu halten haben. Eine weitere von uns eingebrachte Interpellation betraf den Versuch der Deutscher Polizeibehörde, das Weithener Arbeitersekretariat als Gewerbebetrieb zur Anmeldung zu zwingen. Wir sahen in dem Vorgehen der Weithener Polizeibehörde gegen den Arbeitersekretär, Genossen Dr. Winter in Weiden, der mit Selbststrafen belegt worden war, um ihn zur Anmeldung des Arbeitersekretariats als Gewerbebetrieb zu zwingen, einen Verstoß gegen den Kern Wortlaut der Gewerbeordnung. Der Vorgang erschien uns von prinzipieller Bedeutung, weil das Weithener Beispiel leicht auch für die von den Arbeitern begünstigten Sekretariate in anderen Orten von schlimmen Folgen hätte sein können. Der Staatssekretär Posadowsky gab darauf die Erklärung ab, daß er nach den Vorgängen in Weiden sich sofort an den preussischen Justizminister gewandt habe. Dieser habe die Weithener Anlagenebehörde angewiesen, von einer Strafverfolgung abzusehen. Der Justizminister habe weiter unter dem 15. Januar 1902 an sämtliche Staatsanwälte eine Anweisung dahin erlassen, daß die von den Gewerkschaftskartellen errichteten Arbeitersekretariate nicht als Gewerbebetriebe anzusehen sind und daher nicht dem § 35 der Gewerbeordnung unterliegen.

Nach dieser befriedigenden Erklärung konnten wir von einer weiteren Besprechung der Interpellation Abstand nehmen.

Eine Interpellation der Reichsparteiler Krendl u. Gen. beschäftigte sich mit der Weisheit für die Kriegsinvaliden. Da sich der Reichstag alljährlich mit dieser Sache befaßt und deshalb in allen Fraktionsberichten darüber geschrieben worden ist, kann sie hier kurz behandelt werden.

Die Regierung erwiderte auf die Interpellation, welche die rechtsstehenden Parteien immer mit großem Eifer unterstützen, weil sie der Stimmung in den Kriegereinkreiseln, die sie bei den Wahlen nötig haben, Rechnung tragen müssen, daß ihr Wohlwollen seine Grenze habe in den verfügbaren Mitteln. Diese fehlten und der Reichstag verhalte sich den Steuerplänen der Regierung gegenüber ablehnend.

Von unserem Redner wurde dem und den Agitationsreden der Gegner gegenüber wieder auf den Antrag hingewiesen, den wir schon früher gestellt hatten, den Kriegsteilnehmern die bewilligte und überdies wegen Mangels finanzieller Mittel zur Auszahlung verweigerte jährliche Beihilfe von 120 Mk. auf 160 Mk. zu erhöhen. Damals aber hatte die Regierung gesagt, mit 120 Mk. pro Jahr könne man ein zwar bescheidenes, aber doch von der öffentlichen Wohlthätigkeit unabhängiges Leben führen. Und die Konservativen hatten gesagt, Leute mit 120 Mk. barem Gelde würden von den kleinen Reuten auf dem Lande gern aufgenommen. Unser Standpunkt sei: Geld für die Veteranen sei genügend vorhanden, wenn der Reichstag nur die überflüssigen Ausgaben nicht bewilligen möchte.

Am 20. Januar d. J. nahm dann übrigens der Reichstag einstimmig einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, durch welchen die Regierungen ersucht wurden, durch einen Nachtragsetat zum Reichs-Haushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 die Zuschußung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegsteilnehmer vom 1. Januar 1902 ab herbeizuführen. Die dergestalt im Nachtragsetat eingestellte Summe beträgt 1.300.000 Mk.

Durch eine Interpellation der Polen kamen die Vorgänge in Breslau im Reichstags zur Besprechung. Das Verhalten des Reichsministers entsprach dabei dem Standpunkte, den er im preussischen Abgeordnetenhaus als Vertreter der preussischen Regierung wie überhaupt in der preussischen Politik eingenommen hat. Nach einer längeren Erklärung des Inhalts, daß er sich an der Besprechung der Interpellation nicht beteiligen werde, und daß er auch fernhin dafür sorgen werde, daß „das Deutschtum im Osten nicht unter die Räder kommt“ — also die preussische Politik in bezug auf die Polen fortgesetzt wird —, verließ er an der Spitze familiärer Minister den Saal. Polen und Centrum zweifelten in der Fürsorge für die polnische Bevölkerung im preussischen Osten. Haben doch die Hospolen im preussischen Abgeordnetenhaus wie auch im Reichstag, und hat doch auch das Centrum bei den Wahlen die polnische Bevölkerung nötig. Das hindert aber weder die Polen noch das Centrum, in allen sonstigen Fragen in der schlimmsten Weise gegen die Interessen der ausgebeuteten polnischen Arbeiterbevölkerung zu sin-

den. Nur in ihrer nationalpolnischen Opposition gegen die Regierung trennen sich die Polen des Reichstags von der Mehrheit, weil es ihr persönliches Interesse erfordert. In allen übrigen Fragen sind sie ebenso reaktionär wie der schlimmste preussische Junker und halten auch auf intimen gesellschaftlichen Verkehr mit diesen. Die polnische Bevölkerung bedarf daher eines anderen Anwalts, den mit der polnischen Arbeiterklasse vor allen Dingen das Klasseninteresse verbindet. Als dieser erwies sich auch in der Polenrede wiederum die Sozialdemokratie. Unsere Fraktion sah in ihrer Kritik der Weithener Schulprüfungen und dem was ihnen folgte, den Hausfriedensbruchs-Anlagen und den schweren Freiheitsstrafen, als Kern: den verurteilenswerten Versuch einer Majorität, einer sprachlichen Minorität ihre Sprache aufzuzwingen. Diese Art Germanisierungspolitik sei nur ein Bestandteil der Klassenherrschaft, und wenn die bevorzugten Klassen der polnischen Bevölkerung bei uns dieselben Herrschaftsrechte ausüben könnten wie das preussische Junkertum oder die galizische Ghatz, hätten die polnischen Proletariat von ihnen auch nicht viel Besseres zu erwarten. Wir verlangten Sprachtoleranz so gut wie Regierungstoleranz, denn die Kenntnis der Muttersprache sei die Grundlage aller Bildung. Im übrigen zeigte unser Redner an den Beispielen schwerer Verurteilungen unserer in der Parteibewegung stehenden polnischen Genossen, wie wir ganz besonders unter dem System zu leiden hätten. Unser Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lösung der polnischen Frage erst erreicht werde mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins des polnischen Proletariats und seinem Anschluß an das Proletariat aller Länder. Das sei zugleich die Lösung der Nationalitätenfrage in ihrer Gesamtheit, denn für das Klassenbewußte Proletariat gäbe es keine Nationalität.

Diese Ausführungen begleitete der Chor unserer „nationalen“ Gegner teils mit Lärm, teils mit Hohnlachen, und bedies so am besten, wie wenig er überhaupt die Qualifikation besitzt, die Nationalitätenfrage im Osten zu lösen.

Das bekannte Duell zwischen den Leutenants Maslowitz und Hilbrand an Insterburg war die Veranlassung zu der nationalliberalen Duell-Interpellation. Der Vorgang war bekanntlich der, daß der Leutenant Maslowitz im Kampf den Leutenant Hilbrand, der ihn gemeinschaftlich mit dem Leutenant Radnussen aus einer Thüre, woselbst er zur Nachtzeit betrunken hockte, nach Hause brachte, im Hausflur seiner Wohnung nach einem Wortwechsel und im Trunke einen Schlag gab. Dadurch war dem Leutenant Hilbrand eine jener Verleibigungen zugefügt, die nach dem militärischen Ehebegriff nur „mit Blut abgewaschen“ werden können. Die Folge: ein Zweikampf; Maslowitz, der übrigens kurz vor seiner Heirat stand, blieb tot auf dem Platze. Hilbrand erhielt zwei Jahre Festung.

Dieses Duell hatte eine so allgemeine Erregung hervorgerufen, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht anders konnten, als es zum Gegenstande einer Besprechung zu machen. Unsere Fraktion nahm den einzig richtigen Standpunkt ein, indem sie den Erlaß einer kaiserlichen Verordnung verlangte, wonach der Zweikampf unter Offizieren unter allen Umständen verboten sei. Dann würden die Ehrengerichte sich wohl erst besinnen, bevor sie ein Duell für unermesslich erklärten. Und mit dem Duell in der Armee würde auch der Zweikampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden.

Anstatt sich dem anzuschließen, führten die Gegner wieder einmal eine ihrer bekannten Duelldebatten auf, die schließlich breit und fruchtlos im Sande verlaufen.

Initiativanträge.

Entgegen den Behauptungen unserer Gegner, daß unsere parlamentarische Tätigkeit sich in einer angeblich unfruchtbaren Kritik erschöpfe, während wir praktisch nichts zu schaffen vermöchten, hat die Fraktion bei passender Gelegenheit immer aus neue die Initiative ergriffen, bestehende Mißstände durch ausgearbeitete Gesetzentwürfe zu beseitigen und unsere Gesetzgebung im Geiste der Zeit zu reformieren. Aus diesem Gesichtspunkte aus hat unsere Fraktion stets gehandelt. Unsere Initiativanträge sind der Ausdruck der vielen dringenden, aber bisher unerfüllt gebliebenen Forderungen des Volkes, speziell der Arbeiterklasse, und wenn wir, unter allen Fraktionen, die meisten Anträge gestellt haben, erscheint dies nur als ein neuer Beweis für den Stillstand der Gesetzgebung auf den wichtigsten Gebieten.

Da diese Tagung mit der Vollbrache und anderen wichtigen Gesetzentwürfen bepackt war, deren vorläufige oder endgültige Erledigung den Reichstag stark in Anspruch nahm, sind die Initiativanträge der Parteien, durch die Einschränkung der „Schweinefrage“, sehr schlecht weggekommen. Hierunter befinden sich auch die unsrigen. Einzig unser Gesetzentwurf betr. das Verbot der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren könnte durch den Regierungsentwurf als bedingt erledigt betrachtet werden. Unerledigt ist hingegen der von uns eingebrachte Gesetzentwurf: Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung von Betriebs-Aufsichtsbehörden durch das Reich an Stelle der einzelstaatlichen Gewerbe-Aufsichtsbehörden; unser Antrag betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen abgeändert werden; unser Gesetzentwurf betreffend die Wänderung des Strafgesetzbuchs (Majestätsbeleidigungen); unser Gesetzentwurf betr. Schutze der Reichstagsmitglieder gegen Verhaftung während der Sitzungsperiode; unser Gesetzentwurf betreffend Erweiterung des Reichs der Versammlung, Vereinigung und Koalition; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines zehnjährigen Maximalarbeitsstages für alle im Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehrswesen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu fügen ist; unser Gesetzentwurf betreffend Erweiterung und Sicherung der Pressefreiheit; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Neu-Abgrenzung der Reichstagswahlkreise entsprechend der Zunahme der Bevölkerung; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. das Verbot der Fabrikation, Einfuhr, Ausfuhr und des Verkaufs von Bünhdölzchen mit weissem Phosphor, und schließlich unser Gesetzentwurf betr. die Durchführung der Verantwortlichkeit des Reichsministers.

Auch bei der Beratung der Initiativanträge anderer Fraktionen hat sich unsere Fraktion mit Eifer beteiligt. Eine alte Forderung unserer Fraktion ist die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte. Bei der jüngsten Revision des Gewerbegerichts-Gesetzes haben wir zuletzt den Versuch gemacht, den Handlungsgesellen durch Ausdehnung der Gewerbegerichts auf die Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Arbeitsvertrage ein Verfassungsgericht zu verschaffen. Wir sind damit an dem Widerstande der bürgerlichen Parteien gescheitert, die auch unseren jahrelangen Kampf um Schaffung kaufmännischer Gewerbegerichte durch ihren beharrlichen Widerstand zu einem vergeblichen gemacht haben. Ein Teil unserer Gegner ist aber, angelehnt der gegenwärtigen Rechtslage der Handlungsgesellen, von der Notwendigkeit überzeugt, ihnen ein billiges und beschleunigtes Recht nach Art der Gewerbegerichte zu geben. Sie streuben sich gegen die Angliederung an letztere nur, weil sie fürchten, bei den Gewerbegerichtswahlen würden die Handlungsgesellen gezwungen sein, mit den gewerblichen Arbeitern zusammenzugehen und hierbei unter den Gehilfen in steigendem Maße die Sozialdemokratie Eingang finden. Deshalb stellte der Nationalliberal Wassermann wohl den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs

wegen Einführung besonderer Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kaufmännischen „Dienst“ verweigert, verlangte jedoch deren Angliederung an die Amtsgerichte. Wir erklärten zwar durch unseren Redner, daß für uns, nachdem die einfache Ausdehnung der Gewerbegerichte einmal abgelehnt war, die Frage der Angliederung der kaufmännischen Schiedsgerichte an Gewerbegerichte oder Amtsgerichte keine prinzipielle Bedeutung habe, sondern nur eine Frage der Praxis sei, daß wir jedoch die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer hielten und sie deshalb verlangen würden. Auch das Centrum hatte bei früherer Gelegenheit die Angliederung an die Gewerbegerichte für praktischer erklärt. Der Antrag ward einer Kommission überwiesen, deren Vorsitzender nach parlamentarischen Brauche der Antragsteller, der nationalliberale Herr Wassermann, wurde. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sei und dem Hause baldigst vorgelegt werden würde. Später wiederholte Staatssekretär Posadowsky diese Versicherung mit dem Hinzufügen, der Gesetzentwurf liege bei der Justiz und diese schone gewillt, die Sache auf einen breiteren Reisten zu schlagen. Kurz darauf erhob sich aus den Reihen der bürgerlichen Berufsjuristen lebhafter Widerspruch gegen die „weitere Ausdehnung der Berufsgerichte“. Bald wurde „jeder Stand sein eigenes Gericht haben“. Jedes weitere Berufsgericht bedeute „ein weiteres Eindringen des Laienelements in die Rechtspflege“ und schließlich werde es dahin kommen, daß „die Wissenschaft überhaupt aufhöre, bei der Rechtspflege mitzuwirken“. Diese, der Rechtsprechung durch das Volk und speziell der Mitwirkung der Arbeiter an der Rechtsprechung, die ihre eigenen Angelegenheiten betrifft, feindlichen Auslassungen haben auf die Regierung sofort Eindruck gemacht. Am 18. April äußerte bei der zweiten Beratung der Seemannsordnung Staatssekretär Posadowsky, in vielen Kreisen habe sich das Widerstreben gegen die Tendenz, einzelne Standesgerichte von der allgemeinen Rechtsprechung abzusplitteln, immer mehr verstärkt. Man sehe in diesem Widerstreben eine Gefahr für die allgemeine Rechtsprechung. Nach seiner, des Ministers, Ansicht wäre der geeignetste Weg, alle Ansprüche aus den Vertragsverhältnissen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, alle Lohnansprüche und was damit zusammenhänge, den Amtsgerichten zu schenken und zweifelhafte billigeren Erledigung zu überweisen. Man könnte ein solches Verfahren für alle Lohnansprüche einführen mit Ausnahme derjenigen, die schon in den bestehenden Gewerbegerichten ihre Erledigung finden. Stelle man die ganze Frage auf diese breite Grundlage, so erziele man mehr als wenn man forsichtete neue Standesgerichte fordere. Unsere Redner stellten sofort fest, daß sich diese Ausführungen offenbar gegen die im Interesse der Handlungsgeschäfte geforderten Schiedsgerichte richteten, im weiteren aber nicht bloß eine Abgabe an diese, sondern eine Abgabe an jede weitere Ausdehnung der Gewerbegerichte überhaupt seien.

Seitdem ist es bei den Nationalliberalen von den kaufmännischen Schiedsgerichten recht still geworden und es verbleibt hervorgehoben zu werden, daß der nationalliberale Herr Wassermann die Schiedsgerichts-Kommission, deren Vorsitzender er ist, auch noch nicht zu einer einzigen Sitzung einberufen hat. Herr Wassermann wartet mit nationalliberaler Dauerhaftigkeit auf das Einbringen eines Regierungs-Gesetzentwurfs, anstatt die Kommission, entsprechend seiner ursprünglichen Initiative, einen Gesetzentwurf fertigstellen zu lassen und ihn dem Reichstage vorzulegen. Die gaudierende Regierung wäre damit vor vollendete Thatsachen gestellt und müßte sich, so oder so, zu einem Schritte entschließen.

Bei der Beratung der Initiativanträge Ridetz-Gräber auf Sicherung des Wahlgeheimnisses und Wänderung des Wahlgesezes haben wir sowohl auf Maßnahmen hingewirkt, welche die zahlreichen ungeschicklichen Beeinflussungen und Terrorisierungen der Wähler unmöglich machen sollen, als auch eine energische Kritik an den Praktiken der Wahlbeeinflussung selbst geübt. Unser Redner konnte traurige Beispiele der Beeinflussung der Wähler durch Beamte und Unternehmer aus den Akten der Wahlprüfungs-Kommission anführen, die im Reichstage teils Heftigkeit, teils Entnützung erregten. Nur die Junker beharrten auf ihrem Standpunkt. Der Reichspartheiler v. Tiedemann brachte eine Lange für die öffentliche Stimmabgabe und hatte allerlei Bedenken, „das geheime Wahlrecht noch geheim zu machen“. Der konservativste Oerel sah gerade in der äußerlichen Verschärfenartigkeit der Stimmzettel — die größte Plage der Arbeiterwähler in kleineren Orten — die „eigentliche Wahrung des Wahlgeheimnisses“.

Die Anträge wurden schließlich gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Der Kern dieses Gesezes zur Wänderung des Wahlgesezes ist, daß in Farbe, Gewicht und Größe gleichmäßige Stimmzettel sowie amtlich abgeformte Umschläge zur Couvertierung des Papiers durch den Wähler eingeführt werden. Ferner ist für das Wohllokal eine Vorrichtung vorzusehen, daß der Wähler, ohne beobachtet werden zu können, an einem Nebenbische seinen Zettel couvertieren kann.

Wie bei früheren Beratungen, so auch jetzt wieder, blieb die Bundesrattribüne leer. Der Antrag ist also auch dieses Mal vergeblich gestellt. Es würde dies sofort anders werden, wenn die Reichstagsmehrheit sich mit der nötigen Energie zur Wehr setzte. Aber sie bescheidet sich mit der Haltung der Regierung und der Reichstangler konnte bei einer anderen Gelegenheit dem Reichstage, der sich über die Ablehnung seiner Initiativanträge durch den Bundesrat beschwerte, den erlaubten Trost mit auf den Weg geben: Je öfter der Reichstag seine Anträge stelle, desto reiflicher würden sie vom Bundesrat erzwungen.

Auch die lex Rintelen beschäftigte den Reichstag wieder. Die Mitglieder der Kommission zur Beratung der besannten Gesetzentwürfe Rintelen, Reismann, Mundel, betreffend Wänderung und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesezes, der Strafprozeßordnung, der Zivilprozeßordnung und des Strafgesetzbuchs, beantragten eine Resolution, welche der Reichstag einstimmig annahm und wonach die sogenannte lex Rintelen für „ledig erklärt, die Regierung aber ersucht wurde, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen enthalten ist. Der Staatssekretär im Reichsjustizamt gab dazu eine Erklärung ab, die weder Fisch noch Fleisch war. Er wird nach besten Kräften für die Weiterführung der Sache sorgen, aber eine Anzahl Regierungen ist gegen die Wiedereinführung der Berufung. Ob daher die Regelung sich schleunigst vollzieht, läßt sich nicht bestimmen erklären.

**Petitionen.**

Wie in jedem Jahre, so nahm auch dieses Jahr die Fraktion an der Erledigung und der Förderung der eingelassenen Petitionen regen Anteil.

Eine Petition, welche den Erlass eines Verbois der Herstellung von Phosphorgründhölzern wollte, wurde von unserer Fraktion dringlich befürwortet. Die Schweiz und die Niederlande haben bereits das Verbot der Verwendung weissen Phosphors ausgesprochen. Die Regierung erklärte, sie werde die Sache im Auge behalten. — Bei einer Petition, welche die Aufhebung des Impfgesezes verlangte, wiesen unsere Redner darauf hin, daß im Volk eine große Strömung gegen das Impfgesez vorhanden sei, welches unter dem Einfluß der Furcht vor großen Epidemien entstanden sei. Demgegenüber wendeten Regierung und Mehrheit ein, daß die überwindende Mehrzahl der Sachverständigen noch heute für den Impfwang sei. Unser Verlangen, die Petition der Regierung „zur Berücksichtigung“ zu überweisen, wurde darauf abgelehnt. — Andere Petitionen verlangten wieder die Präligation. Sie wurden durch frühere Beschlüsse für erledigt erklärt. — Viele Petitionen beschäftigten sich mit den Mißständen auf dem

Gebiete des Wohnungswesens, mit der Wänderung des Krankenversicherungsgesezes, der Wänderung des Waisenesezes und anderen Gesezsmaterien. Eine Folge der Erregung, die im Volke vorherrschte über die englischen Greuelthaten in Südafrika, waren die zahlreichen Petitionen betreffend Einleitung von Friedensverhandlungen im südafrikanischen Krieg. Der größte Teil dieser Petitionen rief keine wesentliche Debatte hervor, da über das Votum, welches die Petitionskommission beantragte, keine Meinungsverschiedenheit herrschte.

Im allgemeinen haben gerade in dieser Tagung die Petenten im Lande nur eine sehr geringe Berücksichtigung seitens des Reichstags gefunden und unsere Fraktion hat im Interesse der Petenten darüber lebhaft Klage geführt. In erster Linie ist dies zurückzuführen auf die späte Einberufung des Reichstags, die keine genügende Zeit mehr läßt zu öfterer und gründlicher Besprechung von Petitionen, die nicht im Zusammenhange mit vorliegenden Gesezntwürfen eingebracht sind. Zum anderen aber liegt die Schuld auch an den Mehrheitsparteien. Geseze, an denen sie ein höheres Interesse haben — Branntwein, Zucker, Schiffszoll etc. — gehen eben vor und müssen durchgepeitscht werden. Die Petenten im Lande, die sich gegen irgend welche von ihnen empfundenen Mißstände Abhilfe suchen an den Reichstag wenden, mögen sich in Geduld fassen. Die Besprechung der von der Kommission vorgelegten Petitionen wird immer weiter hinausgeschoben, bis dann der Schluß der Tagung sie überhaupt unmöglich macht.

Hier Abhilfe zu schaffen, wird sich bei bietender Gelegenheit die Fraktion immer bestrebt sein.

**Schluß.**

Die Tagung, zu welcher der Reichstag im Oktober — ein ungewöhnlich früher Einberufungsstermin — zusammentritt, wird die letzte vor den allgemeinen Neuwahlen sein. Da der Regierung daran liegt, den Wuchertarif vor den Wahlen fertig zu stellen und ihre Freiheit nicht mit diesem Wuchertarif bepackt, vor die Wähler zu schiden, wird sie seit einiger Zeit von „Verfassungsbedenken“ geplagt. Sie hat die Frage aufgeworfen: wann endet die fünfjährige Legislaturperiode des Reichstags? Nach allgemeiner Anschauung, die auch bisher Gültigkeit hatte, fünf Jahre nach der Wahl des Reichstags, diesmal also am 20. Juni 1903. Die Regierung aber hat sich von Staatsrechtslehrern beschleunigen lassen, daß sie fünf Jahre nach dem Zusammentreten des Reichstags ende, also im Dezember 1903. Die Regierung rechnet also damit, daß der Wuchertarif nicht bis zur Mitte nächsten Jahres fertig ist und plant deshalb die Dinausgerung der Reichstags-Tagung bis in den Dezember nächsten Jahres hinein. Die Neuwahlen würden dann erst Anfang 1904 vorgenommen werden.

Sollte man wirklich versuchen, diesen in der offiziellen Presse eifrig diskutierten Plan auszuführen, so wird unsere Fraktion alle Mittel daransetzen, ihn zu scheitern zu machen. Ueber den Wuchertarif und die Wählermasse Deutschlands selbst ihr Urteil sprechen!

Der zielbewusste Kampf, den die Fraktion im Reichstage gegen die Regierung, die Parteien und die parlamentarischen Interessenkoalitionen der kapitalistischen Bourgeoisie führt, wird von ihr deshalb mit solcher Freudigkeit und Siegeszuversicht geführt, weil sie sich eins weiß mit den Interessen der ganzen Volksmasse, die da leidet unter dem Ausbeutungssystem des Kapitalismus. Mit um so größerer Wille kann unsere Fraktion kämpfen, wenn ihre parlamentarische Thätigkeit Widerhall im Lande erzwinkt und die Genossen spontan zu unermüdlicher Agitation. Wir hoffen, daß dies gerade jetzt der Fall sein wird: im Hinblick auf die heranrückenden Neuwahlen. Sie sollen ein neues Vorankreiten des Klassenbewußtseins der Arbeiter sein auf der Bahn zu seiner endlichen Befreiung. Und dieser Kampf, den das Proletariat führt, wird nicht bloß ihm selbst nützen, sondern der Fortentwicklung der ganzen Gesellschaft dienen. In diesem Sinne sei der Bericht geschlossen mit den ehesten Sätzen aus dem kommunistischen Manifest: „Seit der Ausfüßung des uralten Gemeinbewußtes an Grund und Boden ist die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Massen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; dieser Kampf hat aber jetzt eine Stufe erreicht, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien!“

**Soziale Rundschau.**

**Volkswirtschaftliches.**

Der 36. Verbandstag der süddeutschen Konsumvereine, der am 2. und 3. August in Augsburg abgehalten wurde, bezeichnete einen nicht unwichtigen Abschnitt in der Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung. Erheblich vermehrt hat sich die Zahl der angeschlossenen Vereine (97 gegen 80) wie der Mitglieder (zu Anfang 1902 = 81 786, gegen 1901 mehr über 20 000 bezw. nach Abzug der neuen Vereine 11 500), des Umlages (28 949 300 Mk. oder mehr 8 614 800 bezw. 1 764 700 Mark) und des Ertrags (3 082 210, mehr 498 815). Die Geschäftsguthaben der Mitglieder stiegen auf 1 084 600 Mark (+ 305 700 Mark). Die Gesamtkassa betrug 10 012 289 Mark (+ 2 040 000 Mark). An Nüderglütung („Dividende“) wurden verteilt 1 028 103 Mark (+ 180 837 Mark). Ein besonderes Interesse aber gewann dieser wie verschiedene andere in diesem Jahre abgehaltene Verbandstage durch das Zusammenprallen der durch den Verbandsanwalt Dr. Erüger, den freisinnigen Abgeordneten, vertretenen durch bürokratisch-mittelständlerischen und der modernen, alten Arbeiterkonsumvereine vertretenen „evolutionistischen“ Richtung im Genossenschaftswesen. Der Konsumverein Mannheim war von Dr. Erüger mit seinem Antrag auf Aufnahme in den Allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften abgewiesen worden, weil sein Statut in erster Reihe Berücksichtigung derjenigen Lieferanten zusage, die das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen anerkennen. Darin sah Dr. Erüger „einen Ausfluß der von den Parteihäuptlingen verbreiteten Lehre, daß die Konsumvereine-Bewegung eine Ergänzung zur gewerkschaftlichen und politischen sein soll“, und lehnte, wie die Vereine des sächsischen Verbandes Vorwärts, auch den Mannheimer als Mitglied seines Verbandes ab. Die Beschlüsse schloß aus, daß die angefochtene Bestimmung nichts anderes enthalte als die auch von bürgerlichen Sozialpolitikern und selbst von deutschen Regierungen in einem gewissen Umfang anerkannte Lohnklausel, die z. B. gegenüber den Zuständen in den Häderolen und der Textilindustrie zweifellos gerechtfertigt sei. Der Anwalt habe keine Geschwürigkeit feststellen können. Die Bestimmung der Leiter des Vereins aber habe ihn nichts zu kümmern. Der Anwalt wies in seiner Erwiderung auf das Vorhandensein einer neuen Strömung im Genossenschaftswesen hin, die nicht mehr auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehe und die Interessengemeinschaft der Konsumvereine mit den Kreditvereinen, Handwerker-Genossenschaften etc. leugne. Er bringe demgegenüber die Forderung wirtschaftlicher Gemeinsamkeit auf dem Boden der bestehenden Ordnung zur Geltung. Mit 25 gegen 10 Vereinsstimmen nahm in namentlicher Abstimmung der Verbandstag folgenden Antrag an:

„Der Verbandstag nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Ablehnung der Aufnahme des Mannheimer Vereins in den Allgemeinen Verband. Er hält die von dem Verbandsanwalt hierfür geltend gemachten Gründe nicht für stichhaltig und

empfiehlt dem allgemeinen Genossenschaftstag zu Kreuznach die Aufnahme in den Allgemeinen Verband.“

Ein vorher gestellter Antrag auf Ablehnung der Beschlusfassung hatte nur 7 Stimmen erhalten. Das gleiche Ergebnis hatte die Beratung eines vom Konsumverein Cannstatt gestellten Antrags an den allgemeinen Verbandstag, der die Entscheidung über die Aufnahme in den Genossenschaftsverband künftig dem zuständigen Vorstand des Unterverbandes (bisher dem Verbandsanwalt) und in zweiter Instanz den stimmberechtigten Vertretern der betreffenden Genossenschaftsart auf dem allgemeinen Verbandstag (bisher dem Gesamtverbandstag) übertragen wissen will. Der Antrag will der Willkür des Anwalts Dr. Erüger, der nach Vorgang des Dr. Nag, sich ein Spezialausnahmegesez für die ihm nicht genehme fortschrittliche (nicht fortschrittsparteiliche) genossenschaftliche Richtung geschaffen hat, die Spitze abbrechen, gleichzeitig die Konsumvereine der Bevormundung durch die auf dem Verbandstag stets in der Überzahl vertretenen Mittelstandsgenossenschaften entziehen. Auch dieser Antrag wurde nach energischer Vertretung durch Bösch, Dejung u. a., trotz der lebhaften Proteste des Anwalts, der das Ausbleiben des Verbands an die Wand malte, mit 24 gegen 10 Stimmen angenommen. Beide Beschlüsse bedeuten eine schwere Niederlage der alten Richtung im Verband, ein Selbstverwundern der Konsumgenossenschaften und im Anschluß an die Verhandlungen des sächsischen und anderer Unterverbandstage zugleich eine Befestigung eines neuen, stärkeren, sozialen Geistes. Er hat die Konsumvereine aus ihrem langen Schlafe aufgerüttelt und wird ihnen auch die gebührende Stellung im Genossenschaftswesen verleihen: innerhalb oder, wenn es ihnen aufgebrängt wird, auch außerhalb des „Allgemeinen Verbandes“.

Eine Reihe wichtiger Punkte wurde von der Tagesordnung abgesezt, dabei Verhandlungen über das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis und wichtige Organisationsfragen. Auch hier wird die „neue Richtung“ eingegriffen haben und durch bessere Zeiteinteilung und Zurückdrängung des Vergnügungsprogramms Raum für erste soziale Arbeit schaffen müssen.

ac. Der Genossenschaftsbewegung in Italien wird jetzt von den Sozialisten große Aufmerksamkeit geschenkt. Die sozialistische Fraktion hat zwei Gesetzentwürfe zu Gunsten der Genossenschaften eingebracht. Im ersten wird verlangt, daß die Produktgenossenschaften die Erlaubnis erhalten sollen, Arbeiten bis zum Werte von 200 000 Franken zur Ausführung zu bringen, was bisher den Genossenschaften durch das Gesez von 1880 verboten ist. Im zweiten Antrag wird für die Konsumgenossenschaften die Befreiung vom städtischen Octroi verlangt. Die Befreiung von der Abgabe soll sich erstrecken auf Genossenschaften, welche Arbeiter, keine Besitzer, Bauern, die nicht mehr als 100 Franken Grundsteuer bezahlen und Beamte, deren Gehalt 1000 Franken pro Jahr nicht übersteigt, zu Mitgliedern haben.

**Gewerkschaftliches.**

Welche Gewerkschaften können in den Gewerkschafts-Kartellen vertreten sein? Am letzten Verhandlungstage des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses kam folgender Antrag des Verbandes Deutscher Buchdrucker (Ordreverein Bestemünde, Bremen-Hafen-Bege) zur Debatte: „In den Gewerkschaftskartellen können nur Mitgliedskarten derjenigen Zentralorganisationen vertreten sein, welche von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anerkannt sind.“ Der Correspondent, das Organ des Buchdruckerverbandes, hatte nun in seiner Nummer 84 hierzu bemerkt, daß der Antrag angenommen worden sei, und zugleich auf folgende, im Protokoll des Gewerkschaftskongresses befindliche Korrektur durch das Kongressbureau hingewiesen: „Ursprünglich wurde dieser Antrag — wie sich später herausstellte, durch ein Versehen — angenommen. Die in der Nachmittags-Sitzung erfolgte Wiederholung der Abstimmung zeitigte das oben angegebene Resultat.“ Diese nachträgliche Korrektur nannte der Correspondent eine inoffizielle. Hiergegen nimmt nun Genosse Bömelburg, der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses, im Correspondenzblatt der Generalkommission das Wort und stellt fest, daß zu dem oben mitgeteilten Bestemünde Antrag folgender Wänderungsantrag angenommen worden sei: „Den letzten Satz des Buchdruckerantrages so zu fassen: In den Gewerkschaftskartellen sind Mitgliedskarten der von der Generalkommission anerkannten Organisationen unter allen Umständen zuzulassen.“ Hiernach fährt Bömelburg in seiner Berichtigung fort: „Bei der Abstimmung wurde zunächst über den Antrag der Buchdrucker und dann über den Antrag Knoll abgestimmt. Dieser Abstimmungsmodus war nicht richtig. Nach dem Wortlaut des Antrages Knoll hätte erst über diesen abgestimmt werden müssen und nach Annahme desselben war dann der Buchdruckerantrag erledigt. Hierauf durch Knoll später aufmerksam gemacht, machte ich in der Nachmittags-Sitzung eine diesbezügliche Mitteilung und schlug vor, die Abstimmung zu wiederholen.“ Der Kongress stimmte meinem Vorschlag ohne Diskussion zu. Der Antrag Knoll, über welchen nun, wie es richtig war, zuerst abgestimmt wurde, fand Annahme und damit war der Antrag der Buchdrucker erledigt. Nach erfolgter Abstimmung habe ich dann den Protokollführer angezweifelt, im Protokoll einen entsprechenden Hinweis auf die erste Abstimmung zu machen. Daß dieses in umgekehrten Sinne geschehen, ist nicht Schuld des Bureau.“ — Wie auch Legien im Correspondenzblatt mitteilt, ist die vorstehende Erklärung des Genossen Bömelburg durch den Protokollführer Girch als richtig bestätigt worden.

ac. Die italienischen Bauarbeiter, vor allem die Maurer, arbeiten ständig an der Verbesserung ihrer materiellen Lage; Maurerstreiks sind in jedem Frühjahr in allen größeren Städten an der Tagesordnung. In Vianenza hat soeben ein Maurerstreik nach sechswochenlanger Dauer mit einem vollkommenen Siege der Arbeiter geendet. Wie gering die Bezalungen der Maurer im allgemeinen noch ist, ersieht man aus den Forderungen, die gewöhnlich aufgestellt werden. So sind jetzt die Maurer von Sesto Fiorentino in den Streik eingetreten; Sie verlangen für die erstklassigen Maurer 85 Ctm. (28 Pfg.) pro Stunde, für die anderen 88 und 82 Ctm., für die Zugendzeit 18 Ctm. pro Stunde. Sodann verlangen sie die Arbeitszeit, je nach der Jahreszeit auf 8 beziehentlich 9 und 10 Stunden festgesezt.

**Vermischtes.**

Übergläubiger Barbarismus. Von finsternem Aberglauben und rohen Sitten der Bewohner Kaukasus zeugt folgender, von kaukasischen Wäldern gemeldeter Vorfall. In einem Dorfe erkrankte plötzlich eine junge Sabardinerin; da sich auch Krämpfe einstellten, so waz die Bewohner des betreffenden Dorfes bald darüber einig, daß die Kranke vom Teufel besessen sei. Ihr Mann wandte sich an den Mollach, und der beschloß, den Teufel auszutreiben. Man zündete ein großes Feuer an, und als sich eine genügende Menge glühender Kohlen angeammelt hatte, entleibete man die junge Frau und band ihr die Hände und Füße. Vor der graufamen Naturheilkur hatte die Unglückliche ihre Peiniger angefleht, ihr die entseßlichen Qualen zu erlassen. Schließlich begann die Kranke laut zu schreien, doch wurde von der Umgebung das Angstgeschrei für eine Auekerung des Satans erklärt. Man hielt sie über dem Kohlenfeuer, bis sie das Bewußtsein verlor. Als diese Angelegenheit färglich vor Gericht gelangte, erklärte der Mollach, daß die von ihm angewandte Heilmethode allgemein geübt werde und stets helfe. Auch der Dorfälteste stimmte dem Mollach in allem bei und erbot sich sogar, mehrere auf diese Weise geheilte „Besessene“ vorzuführen.